

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonelzeile für Arbeitsgehalte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

### Ubel!

„Wer ist vom Ubel? Jeder, den die Natur gut und tüchtig geschaffen hat.“ (Seneca.)

Das Adelsprädikat ist eine äußere Anerkennung für große Verdienste, die sich jemand um das Gemeinwesen erworben hat. Hervorragende Herrscher, Diplomaten, Sozialpolitiker, Künstler, Wissenschaftler werden von dem Monarchen mit diesem Ehrentitel ausgezeichnet, daß sie sich auch äußerlich abheben von der Menge als die Besten, die Aristokraten edler Gesinnung und gewaltigen Könnens und Strebens, daß sie dem Volke als seine wahren Vorbilder und Führer erscheinen. Was durch den Glorienstrahl der Adelsprädikatur geehrt werden soll, ist also nicht Reichtum und Stellung, nicht die äußere Kunst des Schmuckes, sondern der hervorragende Charakter, der ihre Wert der Persönlichkeit und die aufopfernde Leistung für das Allgemeinwohl.

Nicht jeder menschlich bedeutende Charakter wird von Königs Gnaden mit dem Adelstitel dekoriert, nicht jede wertvolle Arbeitsleistung drängt sich zu dem Throne hin. Den Meisten hat die Vorsehung es bestimmt, daß ihr Wirken im Verborgenen bleibt, daß das Auge der Allgemeinheit sie nicht trifft, daß sie nie mit äußerer Ehre und Anerkennung prunken können. Und doch wird es unter dieser großen Menge manchen ungekannten Adligen geben, deren Adel wahren und edlen Menschentums dem äußeren Adel der durch Titel und Würden ausgezeichneten mindestens gleichkommt. Menschliches Auge kann sich täuschen und auch die Hand der Majestät sich irren und den Ordensstern auf eine unwürdige Brust heften. Aber den wahren Adel edler Gesinnung kann jeder, auch der äußerlich am geringsten scheint, erlangen. Nicht was man ist, sondern wie man ist, macht würdig das innerliche Adelsprädikat. Jeder, der seine Stirn frei und hoch tragen kann, dessen Auge rein und klar leuchtet, dessen Hand die Spuren ernstlicher und zielbewußter Arbeit trägt, ist ein Adliger.

### Hausfrau und Verband.

Zu diesem wichtigen Kapitel schreibt uns die Frau eines Kollegen.

Der Artikel „Herbstarbeit“ in Nummer 37 unseres Verbandsorgans war mir so recht aus der Seele geschrieben. Ich sage mit Absicht „unseres“ Verbandsorgans, weil ich der Ansicht bin, daß es um das Haushaltsbudget mancher Arbeiterfamilie bedeutend besser stünde, wenn auch die Hausfrau den Verband ihres Mannes nicht als ein wesenloses Etwas betrachte, was ihr nur wöchentlich 80 S. vom Haushaltsgelde abknöpft. Aber wie viele Frauen der Mitglieder kennen den Verband nur von dieser einen Seite? Einseitigkeit ist immer von Ubel — und in diesem Falle für die Arbeiterfamilie in ganz besonders großem Maße. Ich bin überzeugt, wenn gerade die Frauen unserer Metallarbeiter den eigentlichen Zweck und die Wirksamkeit des Verbandes richtig erkannten, so brauchten Vertrauensleute und Beamte für die Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder keinen Finger mehr zu rühren.

Aus diesem Grunde schätze ich auch die in dem Artikel „Herbstarbeit“ erneut empfohlene Hausagitation so hoch ein. Ganz zutreffend wird hier darauf aufmerksam gemacht, daß man gerade bei Gelegenheit der Hausagitation die Frauen mit dem Zweck und der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vertraut machen kann. Daß das notwendig ist, weiß ich aus eigener Erfahrung.

Es war vor vier Jahren, als in dem Betriebe, in dem mein Mann derzeit beschäftigt war, große Lohnabzüge von oben herab diktiert wurden. Die Arbeiter erinnerten sich erst des Verbandes, als sie die Arbeit schon eingestellt hatten. Durch dessen geschicktes Eingreifen kamen sie auch damals, trotz der schlechten Konjunktur, mit einem blauen Auge davon. Ein Teil der Abzüge wurde rückgängig gemacht. Mein Mann meinte: „Hätten wir eher die 60 Pfg. Verbandsbeitrag pro Woche geopfert, die sechs Werke hätten uns trotz Krise nicht das fünf- und sechsfache abziehen können.“ Dabei blieb eine zeitlang; die Firma hielt Ruhe und einer nach dem andern glaubte daher schon bald wieder den Verbandsbeitrag für andere Zwecke nötiger zu gebrauchen. Der Verband hatte ja seine Schuldigkeit getan — und die Firma mußte das zu „würdigen“ und spielte nunmehr einen Arbeiter gegen den andern aus. Mit welchem Erfolge, das merkte nicht nur ich allein an dem stets mageren werdenden Inhalt der Lohnkäse. Seit die Arbeiter den Verbandsbeitrag wieder sparten, wurde es eben „immer schlechter bei der Firma“ und mein Mann sah sich nach anderer Arbeit um. Im Haushalt aber mußte ich mich bedeutend mehr einschränken als in den 2 1/2 Wo-

naten, wo wöchentlich die 60 Pfg. Verbandsbeitrag vom Haushaltsgeld abgingen.

Also Arbeitswechsel und Umzug. Man schlug sich so durch, recht und schlecht, wie man sich eben in einem nur auf dem Arbeitsverdienst des Mannes fußenden Arbeiterhaushalt durchschlagen muß. In D. hatte mein Mann, nach seinen Aeußerungen zu schließen, wieder das gefundene, was er in G. verlassen. So verging die Zeit. Die Ansprache an meine Haushaltskasse wurden immer größer, die Familie und die Einschränkungen auch — nur das Einkommen nicht, obgleich ich im Tageblatt schon hin und wieder etwas von Hochkonjunktur gelesen hatte. Und es mußte wohl auch so etwas sein, denn mein Mann machte nun schon nicht nur Samstags, sondern auch im Laufe der Woche mehrmals Lieberstunden. Anfangs dachte ich, es würde jetzt wenigstens ein merkliches Mehr für meine Haushaltskasse oder gar etwas für den Sparfonds für notwendige größere Anschaffungen dabei herauskommen. Aber das Resultat war kläglich. Ueberarbeit kostet mehr; selbst wenn der Mann sich dafür nicht erst eine „Extravergütung“ im Kreise der Leidensgefährten in der Wirtschaft gesollt. Im Haushalt selbst geht mehr darauf, als wenn die gewohnte Regel mit den Mahlzeiten eingehalten werden kann. Ein Quantum Neger und Mehrarbeit kommt damit noch für die auf Ordnung haltende Hausfrau „gratis“ dazu.

Wir schrieben 1911. Da, an einem verregneten Februarsonntagmittag sprachen zwei Männer in unserer Wohnung vor. Der eine, das hörte ich gleich heraus, kannte meinen Mann von der Arbeitsstelle her. Von den Arbeitsverhältnissen sprachen sie, und daß es Zeit sei, einmal etwas zur Verbesserung der Löhne und zur erträglichen Regelung der Arbeitszeit zu unternehmen. Die Zeit dazu sei jetzt gekommen und in der letzten Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes habe man sich eingehender mit der Sache befaßt. — Also Verband! Darauf ließ hinaus? Mein spätkliches Haushaltsbudget sollte nun also auch noch um den wöchentlichen Verbandsbeitrag gekürzt werden? — und gar 80 Pfg. wöchentlich, wie ich schon hörte. Da mußte ich resolut eingreifen; denn meinen Mann hatten die Zwei, wie ich bemerkte, schon auf ihrer Seite. Und ich griff in die Debatte ein — ein Glück wars, daß ich tat. Zwar mußte ich mit meiner — ich gesteh es — oberflächlichen Spartheorie das Feld räumen, aber ich erfuhr bei dieser Gelegenheit zum ersten Male aus dem Munde überzeugter Gewerkschaftler, was der Verband gerade für uns Arbeiterfrauen bedeutet. Ich erinnerte mich wieder daran, was 1908 in G. durch das Eingreifen des Verbandes für die Arbeiter erreicht worden war. Es wurde mir klar, daß es dort später auch wohl deshalb „nicht mehr zum Aushalten“ war, weil die Arbeiterkraft nach Beendigung der Bewegung nicht im Verbandsaushalte. Dadurch hatte sie Zusammenhalt und Rückhalt verloren. Die Werksleiter konnten wieder den einen gegen den andern auszuspielen; zu wessen Schaden, das hatte mir ja damals der Inhalt der Lohnkäse so drastisch gezeigt. Es war also wahr, was mir die beiden wackeren Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes an dem andergeht: „Der wöchentliche Verbandsbeitrag ist nicht eine unnütze Kürzung, sondern die Vorbedingung und Sicherung eines ausreichenden Haushaltsbudgets.“

Diesen Satz unterschreibe ich jetzt Wort für Wort und allen Arbeiterfrauen möchte ich ihn zur besonderen Beachtung empfehlen.

Seit jenem Februarsonntag gehört mein Mann nun wieder dem Verbands an — und der wöchentliche Verbandsbeitrag hat sich reichlich bezahlt gemacht. Die Bewegung, von der die beiden Vertrauensleute damals sprachen, wurde tatsächlich im Laufe des Monats April 1911 mit einem glänzenden Erfolge durchgeführt. Eine Arbeitseinstellung, wie damals in G., war nicht einmal notwendig. Die Firma mußte eben die geschlossenen organisierte Arbeiterkraft zu schätzen. — Unser aller Bestreben aber dahin gehen, auch die Frauen unserer Metallarbeiter zu lehren, was der Verband eigentlich ist, und was er gerade im Interesse der Hausfrau leistet. Ob das durch eine Festschreibung gelegentlich eines Gewerkschaftsfestes (ich habe letzten eine solche gehört) in wünschenswertem Maße gelingt, möchte ich bezweifeln. Gelingen aber wird durch die Hausagitation. Darum schlage ich meinen Mitschwestern, die diese Zeiten zu Gestalt bekommen, vor: Wir bestehen darauf, daß unsere Männer sich an dieser wichtigen Arbeit im Laufe des Winterhalbjahres regelmäßig beteiligen. Zu diesem Zwecke wird unbegrenzter Urlaub bewilligt. — Dieses Opfer können und müssen wir bringen: ist es zuletzt doch unsere ureigenste Sache, mögen unsere Männer in ihrem Verbands kämpfen und ringen.

### Wer hilft mit?

Seht, wo's draußen in der Natur stiller und stiller wird, wo die Blätter welken und alles Leben erlischt, beginnt für den Gewerkschaftler die Zeit vernünftigen Schaffens. Die langen Herbst- und Winterabende eignen sich ja so recht für ernste Gewerkschaftsarbeit. Und darum ist wohl die Frage am Platze: „Wer hilft mit?“ Eigentlich sollte diese Frage für uns Metallarbeiter ja überflüssig sein. Ist's doch den Kollegen schon durch den § 6 unseres Verbandsstatuts zur Pflicht gemacht, ihren Verband nach Kräften zu stärken und namentlich ihm neue Mitglieder zuzuführen. Leider ist es aber in den meisten Ortsgruppen so, daß die ganze Arbeit einigen eifrigen Kollegen allein überlassen wird. Die große Masse der Mitglieder kümmert sich nicht um die Dinge, die da vorgehen. Das muß entschieden anders werden. Gerade jetzt ist der günstigste Zeitpunkt da, um die Schlaffer aufzurütteln. Die Vorstände müssen dazu übergehen, jeden einzelnen Kollegen zur Mitarbeit heranzuziehen. Denn ein jeder kann und muß mitbestimmen, seinen Verband durch Zuführung neuer Mitkämpfer zu stärken. Und damit dient er ja auch nur seiner eigenen Sache.

„Dem Verbands neue Mitglieder zuführen; gewiß, das ist schön und gut und notwendig auch,“ so wird mir vielleicht mancher Kollege entgegenhalten, „aber, wie sollen wir an die Unorganisierten herankommen? In den Betrieben agitieren ist meistens nicht gut möglich; tut man's doch, macht man sich vielleicht nur Unannehmlichkeiten oder riskiert gar eine Mahnung.“ Das mag alles stimmen, lieber Freund, aber trotzdem müssen wir an die Leute heran. Und wir können auch heran, wenn wir sie in ihrer Behausung aufsuchen. Also Hausagitation treiben. Würde die nur einmal planmäßig und nachhaltig im ganzen Verbandsgebiet durchgeführt, wir würden dadurch bedenklich aufkräften im Lager des Indifferentismus und eine stattliche Anzahl neuer Mitkämpfer in unsere Reihen einbringen können. Wohl haben eine Reihe von Zirkeln diese Hausagitation schon einmal in Angriff genommen, aber meistens ist die Sache in den Anfängen abgebrochen. Ihr energiegelade und ausdauernde Arbeit aber kann hier zum Ziele führen.

Wenn eine Hausagitation den erwarteten Erfolg bringen soll, muß sie vor allen Dingen gut vorbereitet sein. Erste Vorbedingung ist: Die nötigen Adressen sammeln! Und der Schreiber dieser Zeilen möchte hier einige Winke geben, wie wir am besten die richtigen Adressen bekommen können. Wenn eine Betriebs- oder sonstige öffentliche Versammlung einberufen wird, so darf angenommen werden, daß diejenigen, die die Versammlung besuchen, unserer Sache in etwa Interesse entgegenbringen. Von diesen Kollegen nun müssen die Adressen festgestellt werden, und dann ist es unsere Aufgabe, die Fäden, die der Referent in der Versammlung angesponnen hat, bei Gelegenheit der Hausbesuche weiter zu spinnen. Aber auch auf die Presse müssen wir unser Augenmerk richten. Mancher Kollege acht gar nicht, in welchem Maße die uns freundlich gesinnte Presse Vorarbeit für uns leistet. Es gilt also, die Abonnenten der in Frage kommenden Presse festzustellen und ebenfalls aufzusuchen. Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich hier betone, daß solche Kollegen, die Ansprüche an ihre Presse stellen, viel leichter für unsern Verband gewonnen werden als jene, die sich um ihre ureigensten Interessen noch gar nicht gekümmert haben.

Daß die Hausagitation das beste Werbemittel ist, geht auch daraus hervor, daß die auf diese Weise gewonnenen Kollegen in ihrer großen Mehrzahl treu in der Organisation standhalten, während die bei Massenbewegungen gewonnenen sich zum großen Teile gewöhnlich wieder brüden, wenn das Strohflecken der ersten Begeisterung erloschen und die Gefahr abgewandt ist.

Nicht allein unsere Kollegen, sondern auch die Frauen wollen und müssen wir mit unseren Ideen vertraut machen. Ist es doch eine alte Tatsache, daß viele Indifferente gerade durch ihre Frauen von der Organisation festgehalten werden. Vermitteln wir also den Frauen einmal die dringend nötige Aufklärung, dann werden sie unserer Sache sicher nicht mehr hinderlich, sondern förderlich sein.

Dafür nur ein kurzes Beispiel:

Vor längerer Zeit kam ich während der Hausagitation in die Wohnung zweier indifferenten Kollegen, welche sich trotz mehrmaligen Bearbeitens nicht entschließen konnten, dem Verbands beizutreten. Beim vierten Besuch traf ich nur ein altes Mütterchen im Hause an. Um den Gang nicht ganz vergebens gemacht zu haben, versuchte ich der alten Frau das Warum und Wozu der Organisation klar zu machen. Nach einhündiger Unterredung war sie ganz für unsere Sache eingenommen, und als ich am folgenden Abend wieder vorstach, lagen schon beide Aufnahmehefte ausgefüllt bereit. Die beiden auf diese Weise gewonnenen Kollegen sind heute treue Gewerkschaftler.

Doch der eine oder andere Kollege wird auch jetzt noch allerhand Einwendungen machen und auf die verschiedensten Schwierigkeiten und Hindernisse hinweisen, namentlich auf die erheblichen Beiträge. Aber, Hand aufs Herz Kollegen, hindern uns diese denn wirklich in der Agitation? — Nein! — Einem jeden der einen Arbeiter ist es ohne weiteres klar, daß nur dort, wo hohe Beiträge gezahlt werden, etwas vernünftiges für die Mitglieder erreicht werden kann. Nur vor einer gut fundierten Kriegskasse haben die Arbeitergeber Respekt; denn ihre erste Frage ist doch die: „Wie lange können die Verbände ihre Mitglieder unterstützen?“ Wir sehen es ja zur Genüge an den Verbänden, die sich immer als den „billigen Jakob“ anpreisen. Wie steht es zum Beispiel mit dem Sieger-



für den Sozialverband? Die Mitglieder zahlen hier monatlich nur 50 Pf. Beitrag. Da sollte man doch meinen, sämtliche Siegerländer Arbeiter schlossen sich diesem billigen Verbande an. Aber weit gefehlt. Der ehemals 15 000 Mitglieder zählende Verband steht heute so, daß er nicht leben und nicht bestehen kann, eben aus dem Grunde, weil dauernd Ebbe in seiner Kasse ist und die Mittel für die Vertretung von Arbeiterinteressen fehlen. Zur Abgabe sind Schwierigkeiten ja da, um überwunden zu werden. Wenn man sie nur einmal bezahlet beim Schopfe faßt, so sind sie bald aus dem Wege geräumt.

Wenn in nächster Zeit die Vorstände der einzelnen Zahlstellen wiederum zur Mitarbeit auffordern, dann stelle sich jeder Kollege in den Dienst der Sache. In ebendem Wettbewerb muß der eine den andern zur Arbeit treiben. Jeder soll sich von dem Bestreben leiten lassen, seiner Zahlstelle die meisten neuen Mitglieder zuzuführen. Nicht als Schachsteinbänker wollen wir hinter den kämpfenden Kollegen herlaufen, nein, als vollwertige Gewerkschaftler wollen wir uns bewähren. Dann werden wir das gesteckte Ziel, unseren Verband an der ersten Stelle im Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften zu sehen, schon bald erreicht haben. F. F.

### Warum „gelb“ bei vernünftigen Arbeitern niemals Trumpf wird?

Als ein gar toll verdorrenes Ding erscheint dem Gotteslächerer Welt, der sie im Spiegel des Organs für die „Blutspießensinn“ von Essen und Umgebung betrachtet. Standesbewußtsein, Solidarität und gerader deutscher Sinn, jene ferndeutschen Mannesstugenden, die zumal in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine Heim- und Pflegenstätte gefunden, werden dem gelben Publikum dort in greulichem Verbittern als „Klassenkampf“ der christlichen Gewerkschaften vorgeführt. Und wenn einst Ernst Moritz Arndt die deutsche Männerwelt gegen Tyrannie und Unterdrückung aufrief mit der Parole: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!“, so erklären die gelben Drahtzieher heute das gerade Gegenteil für zeitgemäß. „Knechtseligkeit ist Mannesmut! Devoteste, sklavische Unterwürfigkeit vor dem Industriefeudalismus ist national! Gelb ist Trumpf!“ So gebieten es die gelben Halbgötter. Die christlich-nationalen Arbeiter aber halten es nach wie vor mit dem alten Herrgott, der den Menschen nach seinem Ebenbilde schuf und ihn auch mit einem solchen Maße von Willensfreiheit und Vernunft begabte, um der gelben Gängelbande entraten zu können.

Es hat deshalb auch absolut keinen Sinn, wenn der gelbe „Werberverein“ in seiner letzten Nummer um den Kredit der christlichen Gewerkschaften bangt. Diese Sorge kann er getrost uns selbst überlassen, denn unser „Kredit“ ist nicht, wie etwa der gelbe, von Herrenlaune und Strengung abhängig. Er ruht vielmehr auf der gesunden Grundlage praktischer und erfolgreicher wirtschaftlicher Arbeit. Unsere Bewegung ist fest gegründet auf dem Granitfundament der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, und auf dieser Grundlage arbeiten wir als wirtschaftliche Organisation aufrechter, selbstbewußter und standesbewußter deutscher Arbeiter an der Besserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Gerade letzteres aber wollen, können und dürfen die gelben Werbervereine nicht. Sie sind ja vollständig abhängige Gebilde und müssen tanzen wie der Arbeitgeber, der Herr Professor oder Herr „Sozialsekretär“ pfleift. Zum Beweise dessen, daß „gelb“ niemals Trumpf werden kann, solange noch die Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft ihrer gelunden Verstandskräfte mächtig ist, sei nachfolgend nur auf drei Vorwände hingewiesen. Sie zeigen dem auf die Verbesserung seiner Arbeitsverhältnisse bedachten Arbeiter sonnenklar, daß die gelben Werbervereine sich selbst aller Rechte entäußerten, auf die eine selbständige Arbeiterorganisation Anspruch machen muß.

Die Broschüre „Der nationale Arbeiterverein Werk Krupp“ betont auf Seite 8, daß ein am 9. August 1908 in Essen gegründeter „Nationaler Metallarbeiterverband“ der Vorläufer des Kruppischen gelben Werbervereins gewesen sei. Diese Schritt-macher der Kruppischen Gelben schienen immerhin noch ein Gefühl dafür zu haben, daß sie wenigstens laut Statut irgendwo auch die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in ihren Aufgaben-

kreis einbezogen müßten. Als Zweck war denn auch in der Tat u. a. angegeben, den Mitgliedern „Schutz gegen Uebergriffe auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses“ zu gewähren und ihnen „Mitsprache in allen Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis“ zu erteilen. Das war wenigstens etwas. Aber selbst dieser bescheidene Schutz auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses verschwand in den späteren Satzungen der Kruppischen Gelben. Als Zweck ihres Vereins gaben sie nun noch folgende drei Punkte an: 1. den nationalen Gedanken zu fördern; 2. seine Mitglieder in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu heben; 3. das gute Einvernehmen zwischen der Firma Krupp und ihrer Arbeiterschaft zu pflegen. — Das Statut wurde also gründlich gestäubert und mit Absicht alles ferngehalten, was die Mitglieder irgend zu einem selbständigen Vorgehen hätte anregen können.

Im Jahre 1910 ging der Kruppische gelbe Werberverein dann dazu über, seine ordentlichen Generalversammlungen nur noch aus Vertretern zu bilden. Bei Feststellung der Aufgaben dieser Vertreter machten sich bei den unteren gelben Organen wiederum etwas selbständige Regungen geltend. In dem von den Vertretern zu unterschreibenden Formular war diesen ursprünglich schwarz auf weiß das Recht eingeräumt, auf den Arbeitsstellen auch das Arbeitsverhältnis zu beobachten und etwaige Beschwerden über das Arbeitsverhältnis entgegenzunehmen. Für diese Vertreter wurde zunächst folgendes Formular hergestellt, das auch bereits fertig angeliefert war:

Verhandelt im Bureau des Nationalen Arbeitervereins, Werk Krupp, am . . . . .

Dem Kollegen . . . . . wurde mitgeteilt, daß er von den Mitgliedern des Vereinsbezirks . . . . . zum Vertreter gewählt worden sei und daß der Vorstand diese Wahl bestätigt habe.

Kollege . . . . . erklärt, daß er die Wahl annehme. Er verpflichtet sich, die Interessen unseres Vereins jederzeit und vor jedermann wahrzunehmen, Nachteile nach besten Kräften von dem Verein abzuwenden und unsere Ideen vor jedermann zu vertreten. Auch auf politischem Gebiete wird der Vertreter sich nicht in einer Weise betätigen, die den Zielen und Interessen unseres Vereins zuwiderläuft.

Mit den ihm zugewiesenen Mitgliedern und mit dem Obmann seines Bezirks wird der Vertreter stets in engster Fühlung bleiben.

Für einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben:

1. Die Uebermittlung von Vereinsnachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder;
2. die Verteilung der Zeitung;
3. die Agitation in dem ihm zugewiesenen Teil des Bezirks;
4. die Beobachtung des Arbeitsverhältnisses im Betrieb und die Weitergabe von Mitteilungen, etwaigen Beschwerden usw. an die Obmänner.

Kollege . . . . . verspricht, auch diese Aufgaben stets pünktlich und gewissenhaft zu erledigen.

Die Rechnung war aber ohne die Firma gemacht worden. Als die maßgebenden Leiter des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp, die Firmenvertreter, das Formular mit dem für die Vertreter vorgesehenen Punkt 4 zu Gesicht bekamen, mußten sofort neue Formulare angefertigt werden, aus dem der ursprüngliche Punkt, die Beobachtung des Arbeitsverhältnisses, sowie die Entgegennahme von Beschwerden gestrichen wurde. In dem neuen Formular wurde dann der betreffende Passus über die Aufgaben der Vertreter wie folgt formuliert:

Für einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben:

1. Die Uebermittlung von Vereinsnachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder;
2. die Entgegennahme von Mitteilungen, Wünschen und Anträgen von Mitgliedern und Weitergabe an den Obmann;
3. die Verteilung der Zeitung usw.;
4. die Agitation in dem ihm zugewiesenen Teil des Bezirks.

Man sieht, anstelle des Punktes 4 ist jetzt der Punkt 2 getreten, wodurch die Aufgaben der Vertreter für die Firma weniger unbequem sind. Es erhellt aber auch hieraus, in welcher

unwürdiger Abhängigkeit sich nun einmal die Arbeiter in den gelben Vereinen befinden, die keine selbständige Regung aufkommen lassen dürfen.

Den dritten, unumstößlichen Beweis dafür, daß die Gelben sich jeglichen Rechtes, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreben, begeben haben, lieferte endlich noch die letzte Bundesversammlung der Werbervereine in Essen am 1. Juli d. J. Auch hier traten wieder einige selbständige Regungen seitens der zu den gelben Vereinen zählenden Arbeiter zutage. Die Berliner Gelben brachten einen Antrag ein, der von dem zum Werbervereinsbunde zugelassenen Vereinen verlangte, daß sie sich durch Satzungen verpflichteten, auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreben. Dieser Zweck sollte durch folgenden Antrag der Berliner Gelben erreicht werden:

Die Vertreterversammlung wolle beschließen, dem § 2 der Bundesstatuten hinzuzufügen: Jeder Verein, der sich zur Aufnahme in den Bund anmeldet, muß seine Satzungen dem Bundesvorstand vorlegen. Dieser entscheidet, ob der aufzunehmende Verein den Charakter eines Arbeiter-Vereins hat, ob er die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes zur Aufgabe hat, ob auch die jagungsgemäße Organisation des Vereins diese Aufgabe erfüllen kann, und ob die religiöse und parteipolitische Neutralität des aufzunehmenden Vereins gewährleistet ist.

Die Berliner Vertreter vertraten den Standpunkt, daß in dem Antrag mit Recht neben der allgemeinen Wendung „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ auch die „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ gefordert werden müsse, denn das sei etwas Verschiedenes und müsse grundsätzlich zum Ausdruck gebracht werden. In einer Vereinsfassung heiße es sogar ausdrücklich: „Vertretung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen wird im Verein nicht gebildet.“ Aber die Berliner drangen mit ihrem Antrage nicht durch. Insbesondere waren es die Vertreter von Essen, sowie die des Saargebietes, die sich dagegen wandten, und so wurden denn in dem Antrage die betreffenden Worte gestrichen, womit die Werbervereine sich also selbst ausdrücklich das Recht abgenommen haben, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreben und ihren Vereinen den Charakter eines Arbeiter-Vereins abzusprechen.

Das also steht unverrückbar fest: Für eine noch ihrer gefunden Sinne mächtige, aufrechte und selbstbewußte Arbeiterschaft, der es ernsthaft um die Besserstellung ihrer Lage zu tun ist, kommt die gelbe Bewegung nicht in Betracht. Denn die Arbeiter werden sich nie so weit erniedrigen und sich an eine Bewegung gewöhnen, die infolge ihres Abhängigkeitsverhältnisses zu den Unternehmern allen sozialen Mißständen mit gebundenen Händen völlig ohnmächtig gegenübersteht. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte, sondern Männer, die ihm in Freiheit dienen und nach Menschenart das Haupt aufwärts tragen. Solange die deutsche Arbeiterschaft das nicht vergißt, wird trotz aller Anstrengungen der Obergelben gelb nicht Trumpf werden, weil ein gelber Arbeiter ja, um mit dem Essener Blutspießens-Organ zu reden, das Traurigste ist, was unter Gottes Himmel existieren kann.

### Die rote Woche von Chemnitz.

Im weiteren Verlauf der Geschäftsverhandlungen wurde erhöhte Beachtung für das allgemeine Bildungswesen sowohl, wie für das Jugendbildungswesen im besonderen, gefordert. Auch der Schnapsabschott kam zur Sprache, wobei Frau Ziet mit dem Führer des Arbeiterabstinentenbundes, dem Vorwärtsredakteur Dr. Davidsohn, heftig zusammenstieß und ihm „Quertreiberei“ vorwarf, als er die Schnapsinserate in den roten Zeitungen tabelte.

Ein Thema, das mit gewerkschaftlich-parlamentarischen Forderungen enge zusammenhängt, hat der bekannte Christendäner, Genosse Sue, mit seinem Referat über vermehrte Vergarbeitschutz berührt, wozu eine lange Resolution angenommen wurde, die allerdings dem Anfang der Sue'schen Rede entsprach. In dieser Rede wird verlangt: 1. eine Arbeitszeit

### Ein Wort an unsere angehenden Vaterlandsverteidiger.

(Von einem „alten“ Soldaten.)

Noch nicht drei Jahre sind's nun her, da erscholl aus den Kreisen unserer Verbandskollegen der Ruf nach nachdrücklicher Agitation unter den jugendlichen Metallarbeitern. Die Duisburger Generalversammlung kam dieser zeitgemäßen Forderung dann auch durch Schaffung einer jugendlichen Beitragsklasse entgegen. Die Bahn zum Anschlusse an den Verband war dadurch für alle jugendlichen geebnet. Noch weiter ging unsere letzte Generalversammlung in Dortmund, indem sie sich zum Zwecke der Erhaltung des jugendlichen Mitgliederstandes zur Einführung einer Militärunterstützung entschloß. Dies und die Erwägung, daß in wenigen Wochen wieder viele unserer jungen Kollegen mit bangen Vorahnungen in eine ihnen noch unbekannte Welt eintreten, veranlaßt mich, auch als Soldat nochmals einige Zeilen für's Organ zu schreiben, wie ich es vor meiner Dienstzeit so oft und so gern getan habe.

Wenn das Heisterdenjahr vorüber ist, zählt man bekanntlich zu den „alten Kriegern“ und einem solchen wird es wohl gestattet sein, aus „Erfahrung“ zu reden. Und hauptsächlich meine Erfahrungen sind es, die ich darlegen will; auch einige daraus resultierende Ratschläge möchte ich meinen neuen Kameraden mit auf den Weg geben. — Soldat werden ist schon an und für sich nichts geringes, und erst recht wird das dem Gewerkschaftler bald zur Bewußtsein kommen. Der Gewerkschaftler ist gewohnt, als aufrechter Mann offen und frei seinem Arbeitgeber oder Meister seine Meinung zu sagen. Er ist gewohnt, als freier Mann und standesbewußter Arbeiter behandelt zu werden. Er ist gewohnt, sich von Verstand und Einsicht leiten zu lassen und verschmäht es, auf jeden Druck hin wie eine Maschine mechanisch zu reagieren. Aus diesen gewerkschaftlichen Tugenden können ihm beim Militär aber besondere Schwierigkeiten erwachsen. Hier steht er in einer andern Welt und mit dem bunten Haß muß er einen ganz neuen Menschen anziehen. Noch nicht drei Tage ist er Soldat, dann wird ihm schon klar, daß er nicht einmal gerade stehen geschweige denn richtig gehen oder gar stramm und schneidig stehen kann. Ja, er muß einsehen, daß er nicht einmal imstande ist, sich allein anzukleiden zc. So kommt sich der junge Vaterlandsverteidiger denn recht halb selber vor wie ein hilfloses Kind. Der vorher so stolze Sinn wird gebrochen und falls das nicht der Fall sein sollte, falls er trotz der „körperlichen

Hilflosigkeit“ versucht, in „großen Tönen“ zu reden, kann ihm das Soldatenleben in der ersten Zeit erst recht zur Hölle werden. Dem beschränkten Bauernburschen wird dann der Dienst leichter fallen wie dem intelligenten Industriearbeiter und Großstädter.

Es mag das vielen nicht recht glaubhaft erscheinen, aber es ist Tatsache und jeder, der es mitgemacht hat, wird es mir bestätigen. Diese erste Zeit, in der man sich an den militärischen Dienstbetrieb, an militärische Haltung und vor allen Dingen an den militärischen Ton gewöhnen muß, ist die aller schwerste im ganzen Soldatenleben. Wenn diese Zeit einmal vorbei ist, wird man, besonders als Gewerkschaftler, der gewohnt ist, die Augen offen zu halten, dem Soldatenleben nur noch schöne Seiten abgewinnen können. Die körperlichen Anstrengungen die dann kommen, sind nichts gegen die seelischen Kämpfe der ersten Zeit. Am besten fährt noch immer der Refrakt, der es verschmäht, toslaut und allflug aufzutreten, sondern sich bescheiden und anspruchslos gibt. Vor meinem Dienstantritt hörte ich von einem alten Soldaten in einem Vortrag den Rat: „Legt euren Willen, euren Eigenwillen gänzlich ab, und legt ihn euren Vorgesetzten zu Füßen.“ Es war ein früherer Unteroffizier, der das sagte und ich habe damals darüber gelaht. Heute aber sage ich selber: „Legt euren Willen vorläufig gänzlich ab, um so mehr werdet ihr ihn nach kurzer Zeit wieder behaupten können, wenn die Intelligenzen unter den Refraktieren beginnen, sich durchzuringen, und sich Achtung und Anerkennung zu verschaffen.“ Komme also, was kommen mag. Wenn das erste Jahr vorbei ist, sieht man am besten ein, daß alles halb so schlimm war, wie es anfangs den Anschein hatte. Zu dem Kapitel noch die eine tröstliche Versicherung: Alles geht hermit, sehr schnell sogar, denn die Zeit hat Flügel und die Fälle der auf einen einfließenden Eindrücke ist so groß, daß die Wochen wie Tage vergehen.

Das ist überhaupt das Schönste beim Militär: hat man einmal einen schweren Tag, dann weiß man, daß bald wieder bessere kommen werden. Und nach 350 Tagelern hat ja schließlich auch die ganze „Plage“ des 1. Jahres ein Ende. Im Zivilleben gibt es auch oft schwere Zeiten, Arbeitslosigkeit, Zenerung zc., wo man nicht so das Ende absehen kann und gar nicht weiß, wie lange man es noch aushalten muß. Also nur immer den Kopf hoch!

Ich denke, darüber sind wir nun weg und können zu einem andern Kapitel übergehen. Die sorgenvolle Miene des Vaters und der tränenvolle Blick der Mutter beim Abschied sind nicht allein auf die erste schwere Zeit zurückzuführen, die ihr

Junge durchzumachen hat. Die Eltern denken wohl mehr an jene Zeit, in welcher der junge Mann sich darüber längst hinweggeholfen hat und ihm das militärische Leben langsam in Fleisch und Blut übergegangen ist. Diese Zeit kommt sehr schnell, für den einen früher, für den andern später. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, es ist eine gefährliche Zeit. Der Dienst fällt leicht und wird einem sozuzagen zum Kinderpiel. Um Essen und Trinken braucht man sich nicht zu kümmern. Wenn dann die Mutter auch noch ab und zu nicht nur etwas von sich hören läßt, sondern auch mit dem bekannten Soldatenpaket und etwas Geld nachhilft, dann kann man mit Recht sagen: „Es gibt fürwahr kein schön'eres Leben als im lust'gen Soldatenstand.“

Du wirst nur wohl nichts Schlimmes bei alle dem finden, junger Freund, und in der Tat, ein so sorgenfreies Leben wird jedem behagen. Aber das dicke Ende kommt leider nur zu häufig nach. Im Hintergrunde dieses sorgenlosen Daseins lauert der schlimmste Feind des jungen Mannes: der Leichtsin. Der greift gerade in dieser Zeit am ersten den jungen Soldaten an. Und seine Folgen können noch in späteren Jahren die schönsten Erinnerungen aus dem Soldatenleben trüben, wenn nicht gar die ganze Zukunft des jungen Mannes in Frage stellen. Es gibt nach meinen Beobachtungen zwei Arten von Leichtsin, beide gefährlich, wenn auch nicht in gleicher Weise. Die erste Art möchte ich „köstlichen Leichtsin“ nennen, die zweite „traurigen Leichtsin“. Von der ersteren Art wird sich wohl kaum jemand ganz freihalten können, und deshalb hat das auch weiter nichts zu sagen. Sogar dem härtesten Philister würde es oft ein Lächeln entlocken, wenn er sehen könnte, wie sich der Soldat mit Hilfe dieses „köstlichen Leichtsinns“ über die schwierigsten Situationen hinwegzuhelfen weiß. Auch im spätern Leben wird man sich mit Freunden an all diese „Selbsttaten“ erinnern.

Ein kleiner Schritt nur ist es allerdings von dieser Art zu der andern, die ich „traurigen Leichtsin“ genannt habe. Vor dieser Art möchte ich als Soldat die jungen Gewerkschaftler ganz besonders dringend warnen. Diese Art Leichtsin verdirbt auch die ganze Freude am Soldatenleben, bereift den Dienst und das Vergnügen, und wirft seine Schatten bis ins reife Mannesalter hinein. Es ist nicht die Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes, alles das aufzuzählen, was in diesem Zustande gemacht wird. Ich darf wohl annehmen, daß die werdenden Soldaten aus unserem Verbands an maßgebender Stelle, vor allem in den konfessionellen Vereinen, auf diese Gefahren zur Genüge aufmerksam gemacht worden sind. Das eine will ich



von höchstens 8 Stunden; 2. Ausschluß von Arbeitern unter 18 Jahren von unterirdischer Tätigkeit; 3. „Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schwereren und gefährlicheren Vergarbeiterberuf gerecht wird;“ 4. Anstellung von Grubenkontrollanten; 5. Vereinfachung einer genügenden Anzahl von Rettungsapparaten; 6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten.

Die Resolution klingt ja sehr überzeugend; aber die Rede ihres Begründers Otto Hue wäre auf den objektiv denkenden Beobachter sicher wirksamer gewesen, wenn Hue sich der Ueberhebungen und des zeitweiligen Geschimpfes auf den „Zentrumsverfehlern“ enthalten hätte. Dabei ist interessant, daß, als Hue mit Schmierenspathos von dem „verbrecherischen Streibuch der Christen“ sprach, nur in der hintersten Ecke des Saales ein einziges schüchternes „Hui!“ erklang. Trotz der ottomischen Versicherung, daß er jeden „einen freien Bürger“ nenne, der behauptete, daß dieser rote Streif aus politischen Gründen angefangen wurde, hat die Gewerkschaft an diesem „Erfolg“ anscheinend so satt, daß keiner mehr ein Wort über die Sache sprechen, vielleicht auch keines mehr hören wollte.

Wie sich doch die Zeiten rasch ändern! Was haben die Gewerkschaften damals nicht für einen Nach in der Presse gemacht! Und jetzt empfindet man die Diskussion über diesen verpöhltesten aller deutschen Streiks so unangenehm, wie die Frage nach dem Strick im Hause des Gehängten. Noch nie war aber auch die deutsche Sozialdemokratie so klein erschienen, als nach dem verunglückten Ruhrbergarbeiterstreik, dem man mit tausend Doffnungen entgegen sah und der dann so kläglich zusammenbrach. Darum ist man auf dem Gebiet auch so bescheiden geworden; eine Tugend, die sonst nicht zum Nützling der Partei- und Gewerkschaftsgenossen gehört.

Ein Charakteristikum für die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie, und ihr Verständnis dafür, bildet die privat ausgesprochene Meinung eines radikalen, führenden Genossen (Redakteur), daß man statt der Behandlung der Bergarbeiterfragen lieber noch weiter über die „Dämpfungsaktion“ in freisinnigen Wahlkreisen bei den Stichwahlen hätte debattieren sollen. Wie denn überhaupt bei der Besprechung der wichtigen Frage vermehrter Vergarbeiterlohnes eine recht beklagenswerte Unruhe im Saale herrschte, so zwar, daß vom Vorstandsstische aus wiederholt „dringend um Ruhe“ gebeten werden mußte.

Ein Schmerzpunkt der Sozialdemokratie, an dem auch die Gewerkschaftler lebhaft interessiert sind, die Maiseier, hat auch heuer wieder zu lebhaften Debatten Veranlassung gegeben, die schließlich zu einem regelrechten polnischen Reichstag ausarteten. Von einer Anzahl von sozialdemokratischen Vereinen wurde ein Antrag gestellt, den Nürnberg Parteitag beschließen (Ausführung eines Tagesdienstes von am 1. Mai arbeitenden Genossen, sowie von den Angestellten der Partei und denen der Gewerkschaften) aufzuheben. Die namentliche Abstimmung, der eine stürmische Debatte vorangegangen war und eine noch stürmischere folgte, ergab eine Stimmenzahl von 271 für und 221 gegen die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses, bei 2 Stimmenenthaltungen. Alle weiteren Anträge, etwas Ähnliches, aber konkreteres, wie den Nürnberger Beschluß wieder herzustellen, scheiterten an der Erregung des Parteitag. Schließlich kam man auf die erlösende Formel, alle diesbezüglichen Anträge bis auf den nächsten Parteitag zurückzustellen, da die nächste Maiseier ohnehin auf einen Feiertag trifft. Man feiert also zunächst ohne zu bezahlen! Und ein Delegierter meinte sogar, mit der Aufhebung des Nürnberger Beschlusses sei „die ganze Maiseier kaputt“. Tatsächlich ist die Frage heute, nach dem Chemnitzer Beschluß, noch mehr verwirrt als bisher, und mehrere Delegierte gaben, wohl nicht mit Unrecht, der Befürchtung Ausdruck, daß sie von ihren heimatischen Genossen für die Umwertung des Nürnberger Beschlusses ihre ordentliche Senge kriegen werden.

Der heutige Beschluß und die Debatte darum bestätigten übrigens nur eine seit Jahren bekannte Tatsache: die Revisionisten, besonders die gewerkschaftlichen, haben schon längst ein Haar in der Butter gefunden, während die Stabikalen um keinen Preis von der „müchtigen Demonstration“ lassen wollen, die in der Praxis schon lange eitel Pappendackel ist. Der Delegierte hat sicher recht, der in bezug auf den Nürnberger Maiseierbeschluß meinte, daß man nicht bloß Beschlüsse fassen

man sagen: „Bedenkt immer, daß ihr Gewerkschaftler seid. Ein Gewerkschaftler ist kein Kind mehr, sondern ein Mann, der weiß, was er will und was er tut, der weiß, daß er in allen Dingen die Herrschaft über sich selbst behalten muß.“

Ein Mittel, wie ihr erkennen könnt, wie es um euch steht, möchte ich noch zum Besten geben. Für seine Unschicklichkeit kann ich allerdings nicht garantieren. Unter Kameraden unterscheidet man zwei Arten von Soldaten: solche, die „Dampf“ haben und solche, die keinen „Dampf“ haben. Der Ausdruck ist nicht überall derselbe; bei uns in Konstanz ist er aber üblich. Unter „Dampf“ versteht man das Gegenteil von Kaltblütigkeit. Ein „Dampfbruder“ springt und puszt und arbeitet, wenn es gar nicht nötig ist und gar nicht verlangt wird. Vor lauter Angst es nicht recht zu machen, ist er in allen Dingen „aratisch“, d. h. genau und vorfahrtsmäßig und fällt trotzdem oder gerade deshalb auf, wo er geht und steht. (Was man beim Militär unter „auffallen“ versteht, wird wohl jeder wissen.) Ich habe die Erfahrung gemacht, daß solche „Dampfbrüder“ meistens keine schlechten „Kerle“ sind. Es sind in der Regel verlässliche Leute, denen das Soldatenleben auch sonst viel Sorge macht, oder es sind solche, die mit Gewalt zu irgend einem Amt oder zu irgend einer Würde kommen wollen. So sollt ihr selbstverständlich nicht werden. Wer auch in das entgegengelegte Extrem sollt ihr nicht verfallen, d. h. Dienst, Dienst und puszen, puszen sein lassen. Auch beim Militär bleibt wahr: Wer Wert auf seinen äußeren Menschen legt, akkurat ist, auch wenn's nicht verlangt und kontrolliert wird, der wird auch seinen inneren Menschen nicht vernachlässigen.

Versucht also, bei allem „köstlichen Verstand“, eure Soldatenpflichten zu erkennen und ernst aufzufassen, dann können die, welche daheim um euch bangen, beruhigt sein. Nehmt das als Rat an von einem Kollegen, der es selbst mitgemacht hat und auch durchaus nicht immer ein Engel gewesen ist; der traurige und fröhliche Stunden in seinem ersten Dienstjahre erlebt hat, aber immer die Augen offen hielt und hofft, mit Hilfe der gemachten Erfahrungen sich ein erträgliches und fröhliches zweites Dienstjahr zu verschaffen. Also nochmals zum Schluß: Macht's gut, dann habt ihr's gut. Lebet auch als Soldat euer Vereinsblatt und euer Verbandsorgan, bei dem bleibt euch bei gutem Willen immer übrig. Von denen aber, die sich mit mir freuen, daß sie jetzt „alte Knochen“ sind, hoffe ich, daß sie die jungen Soldaten kräftig unterstützen und daß sie alle in die Heimat zurückkehren untergegangen sind: als ordentliche junge Männer und zielbewusste Gewerkschaftler.

S. S.

soll, die schön aussehen, sondern die man dann auch durchführen kann. Worauf ein ausländischer Journalist sein Gegenüber geradezu beschwor, doch nicht beizutragen, den Nürnberg Maiseierbeschluß aufzuheben, da die Wirkung auf das Ausland eine ungeheuer deprimierende sein müsse, und die „reaktionären Parteien“ im Inland solches Tun weidlich ausbeuten würden.

So sieht man also, daß die große deutsche Sozialdemokratie an dem wesentlichen Schemen der Maiseier nur festhalten will, nur — dem Ausland ein gutes Vorbild zu geben und im Inland mit dem vorbeizugleitenden „Weltfest der Arbeit“ nicht noch mehr ausgelacht zu werden, als es bisher schon der Fall ist.

Die Erregung, die die Maiseierdebatte in die roten Wälder geworfen hatte, bekam dem nunmehrigen Ergowisser Hildebrand von Solingen schlecht, dessen Ausschlußverfahren am letzten Tage in beinahe sechsstündiger Sitzung erfolgte und einen tiefen Blick in den roten Freiheitsstempel tun läßt. Klara Zetkin hat Hildebrand mit einer geradezu fanatischen Rede das Genick gebrochen, nachdem vorher schon einmal ein Antrag ziemlich einstimmig auf Annahme hatte, den „Fall Hildebrand“ bis nächstes Jahr zu vertagen. Klara aber wollte Mut sehen und fürchtete, daß in einem Jahre die Sache „nur noch mehr verwirrt“ würde. Ob man Hildebrands Buch gelesen habe oder nicht, sei gleichgültig. Man dürfe sich auch von dem Geschrei über Beeinträchtigung der Freiheit der Wissenschaft in der sozialdemokratischen Partei nicht beirren lassen: „Der Freiheit der Meinung gegenüber steht das Interesse der Partei!“ So sagte Klara Zetkin unter tosendem Beifall der Halb- und Ganzradikalen. Nicht mit Unrecht meinte daraufhin ein revisionistischer Genosse, daß der Schaden, den die Leute um Zetkin mit diesem Schritte und dieser Rede angerichtet haben, noch in zehn Jahren nicht gutgemacht werden könne.

Vor dem Krakeel um die Maiseier stand man im Banne des „Imperialismus“, des Zentralisierens aller Uebel, gegen das Haase vom Parteivorstand loslegte und eine Resolution von etwa 15 Dutzend Quadratcentimetern zur Annahme vorschlug, um ihm gründlich beizukommen. Bei dieser Frage plagten die „Nichtungen“ in der Sozialdemokratie ziemlich aufeinander. Einer radikalen Rede Lentsch's, der z. B. die Abstrichvorschläge als eine ganz reaktionäre Gegenmeinung gegen den Imperialismus bezeichnete, folgte eine gemäßigtere von Bernstein, der sich in seinem Lobeshymnus auf die revisionistische Fortentwicklung der Gesellschaft zu dem Ausbruch versieg: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen bringen will die Sozialdemokratie.

Wozu es ganz den Anschein hat, wenn man die großen Sprüche und den Massenkult des überradikalen Genossen Pannekoek damit vergleicht, der nach Bernstein sprach. Oder die grimmige Rede eines Magdeburger Delegierten in Anknüpfung an den gewiß recht bedauerlichen Fall des Todes eines Arbeiters durch die Schußwaffe eines Arbeitswilligen in Burg b. W.

Im Ganzen genommen bedeutet der heutige rote Parteitag eine Tagung der Unklarheit; ein Gemisch von Taktik und Verschleierung, um es mit den bürgerlichen Linksparteien nicht zu verderben: Hier einen kleinen Erfolg der Radikalen, dort einen der Revisionisten, hier wieder einen des Parlamentarismus, dort einen der strammsten Negation. Nirgendwo eine Klärung, eine offene einheitliche Anwendung sozialdemokratischer Grundzüge. Man sucht sich auch fernerhin durchzuwinden: „Bald so, bald so, wie's trifft“. Lediglich in diesem relativen Sinne ist praktisch das Wort Eberts vom Parteivorstand in der Debatte über den Geschäftsbericht aufzufassen: In grundsätzlicher Beziehung haben wir uns stets an das Erfurter Programm gehalten, in praktischen Fragen haben wir den Landesvorständen und Organisationen Spielraum gelassen. So bleibt es auch in Zukunft.

Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, wie der ganzen christlich-nationalen Arbeiterbewegung bleibt es, solch heuchlerischer Agitation die Maske vom Gesicht zu reißen und sie als das zu brandmarken, was sie ist: Eine Verführung der breitesten Massen des Volkes zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung und ihres Lebens im öffentlichen Leben.

### Der Arbeitsmarkt im August.

Nach den verschiedenen Berichten aus den verschiedenen Gewerkschaften zu urteilen, hat die Lage im August, verglichen mit der vom Juli, keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Hochkonjunktur, von der man allenthalben spricht, hält an. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß allenthalben eine starke Zurückhaltung herrscht und nur der notwendigste Bedarf gedeckt wird — eine natürliche Folge der durch die Hochkonjunktur bedingten hohen Preise. Einen recht ungünstigen Einfluß auf die Beschäftigungsziffer hat bisher das Baugewerbe ausgeübt, das nun schon das ganze Jahr schwer darniederliegt. Die Gründe dieser Erscheinung sind wohl folgende: Jede Hochkonjunktur ist dem Baugewerbe nicht günstig. Bei der niedergehenden floriert es meistens, denn da stellt sich ihm billiges Geld zur Verfügung, das sichere Anlage sucht. Im Falle der Hochkonjunktur, wo das Geld meistens rar, der Zinsfuß insolgebeissen hoch ist, werden weniger sichere Anlagen als rasch Gewinn bringende gesucht — der Baumarkt erhält kein Geld; als zweites Grund führe ich die Wertzuwachssteuer an, die den Grundstückshandel doch stark eingeschränkt hat und auf die Spekulation nicht ohne Einfluß geblieben ist.

In der Metallindustrie herrscht teilweise eine sehr rege Nachfrage, besonders nach gelerntem Arbeiter — in manchen Gebieten wurde sogar ein gewisser Mangel konstatiert. Nur aus Berlin wird ein Rückgang der Metall- und Maschinenindustrie gemeldet, die keinerlei Neueinstellungen vorgenommen haben. Mag diese Tatsache den Arbeitsmarkt auch etwas beeinträchtigt haben, auf jeden Fall stellt er sich in der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen-Instrumenten und Apparate eine Meinigkeit besser als im Juli. Während hier auf 100 offene Stellen 180 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter kamen, waren es im August 176. Obgleich das der günstigste Stand seit März bedeutet, ist derjenige im entsprechenden Monat des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen 172 Arbeitsgesuche kamen, noch nicht wieder erreicht. Eine recht erfreuliche Entwicklung zeigt der Markt für weibliche Arbeitskräfte. Schon im Juli konnten wir eine nicht unbedeutliche Besserung konstatieren, sie hat im noch stärkerer Maße im August angehalten. Ramen im Juli auf 100 offenen Stellen 160 Arbeitsgesuche, so im August 126! Damit wäre der günstige Stand des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen 124 Arbeitsgesuche kamen, fast wieder erreicht.

Das ist um so bedeutungsvoller, als er bereits das ganze Jahr stark hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben ist. Bei den 735 (719) Arbeitsnachweisen, die im August an das Reichsarbeitsblatt berichtet, sind insgesamt 94 414 (81 121) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 53 797 (45 107) offene Stellen und 47 917 (39 076) Vermittlungen gegenüber stehen.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit weist die günstige Entwicklung, die wir für unsere Industrie konstatieren konnten, nicht auf. Hier haben wir eher eine Verschlechterung zu konstatieren. Auf 100 offene Stellen kamen bei männlichen Arbeitern 146 Arbeitsgesuche gegen nur 140 im Juli und 142 im gleichen Monat des Vorjahres — also eine Verschlechterung gegen beide Vergleichsdaten. Für weibliche Personen stellt sich das Bild günstiger; hier haben wir eine Besserung gegen den Vormonat und eine ganz unbedeutende Verschlechterung gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres. Auf 100 offene Stellen kamen 92 Arbeitsgesuche gegen 97 im Juli und 90 im August 1911. An das Reichsarbeitsblatt haben, wie schon erwähnt, im August (Juli) 738 (719) Arbeitsnachweise ihre Berichte rechtzeitig eingefandt. Bei ihnen sind eingelaufen, für männliche Personen 404 000 (393 000) Arbeitsgesuche, denen 227 000 (281 000) offene Stellen und 233 000 (237 000) Vermittlungen gegenüber standen. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes für männliche Personen geht deutlich aus der Vermehrung der Arbeitsgesuche (Angebot) hervor, denen eine Verminderung der offenen Stellen (Nachfrage) gegenüber steht. Bei weiblichen Arbeitern betrug die Zahl der Arbeitsgesuchen 82 000 (76 000) gegen 89 000 (79 000) offene Stellen und 52 000 (48 000) Vermittlungen. Das Angebot hat sich hier zwar auch vermehrt, in noch stärkerer Maße aber die Nachfrage, so daß hier die günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes deutlich aus diesen Zahlen spricht.

### Aus der Arbeiterbewegung.

#### Reserve hat Ruh!

So tönt es wieder durch die Straßen der Städte und Dörfer. Es dürfte kaum ein Dorfchen geben im weiten deutschen Vaterland, in das nicht ein Infanterist, Kavallerist, Artillerist, Jäger, Schütze, Pionier, Luftschiffer oder Matrose wiederkehrt nach abgeleiteter Dienstzeit. Sehr groß ist auch die Zahl der wiederkehrenden Metallarbeiter. Daraus erwächst unserer Verbandsmitgliebere eine ganz besondere Pflicht. Unsere Kollegen müssen auf der Arbeitsstelle, im Hause und bei allen Gelegenheiten, wo sie mit den jungen Reservisten zusammenstreffen, diese darauf aufmerksam machen, daß der Ernst des Lebens an sie herantritt. Die ehemaligen Vaterlandsverteidiger müssen darauf hingewiesen werden, daß derselbe Körpergeist die gleiche Einigkeit, welche ihnen beim Militär in so plastischer Weise den Wert und die Macht der geschlossenen Truppe vor Augen führte, auch für die Metallarbeiter notwendig ist, wenn sie ihre Wünsche durchsetzen wollen.

Niemals war eine starke Organisation notwendiger als heute. Das wird auch den Reservisten klar werden, wenn sie wieder einige Wochen im alten Gleise ihrer Berufsarbeit tätig sind. Diesen Kollegen wird dann so recht der Umstand zum Bewußtsein kommen, wie während ihrer Dienstzeit die Produktion und die Leistung des einzelnen in einer Weise gestiegen ist, die mit der Steigerung des Lohnes in keinem Einklang steht. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß, wie in unserem Geschäftsbericht ausgeführt ist, von 1908 bis 1910 Arbeiterzahl, Produktionswert und Produktionsmenge in den Hauptgruppen der Montanindustrie in folgender Weise in die Höhe gegangen bzw. gemittelt sind:

	Arbeiterzahl	Produktionsmenge	Produktionswert
1. Hoheisenherstellung	+ 4,12%	+ 25,31%	+ 12,21%
2. Fluß- und Schweißeiherstellung	+ 3,59%	+ 17,03%	+ 15,79%
3. Metallhütten	- 1,90%	+ 12,92%	+ 12,90%

Diese Verhältnisziffern zeigen einwandfrei, daß einer geringen Vermehrung der Arbeiter — die Metallhüttenindustrie weiß sogar eine Verminderung auf — eine große Steigerung der Produktionsmenge und des Produktionswertes gegenübersteht.

Ähnlich liegen die Dinge auch in anderen Zweigen der Metallindustrie. Ein Ausgleich kann nur durch eine vernünftige Arbeitszeit und einen auskömmlichen Lohn geschaffen werden. Dieses ist aber nur durch den Zusammenschluß, durch die Organisation möglich. Darum Kollegen, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder in allen Verbandsorten, sorgt dafür, daß die

#### Jungen Reservisten

so bald wie möglich, dem christlichen Metallarbeiterverband zugeführt werden. Politisch und religiös streng neutral, bietet unser Verband den Mitgliedern alles, was eine moderne Organisation zu leisten imstande ist. Darum ist jetzt auf der ganzen Linie mit einer frisch-fröhlichen Werbearbeit einzusetzen. Kollegen, bedenken wir immer wieder, daß wir selbst für unsere Wünsche und Forderungen Opfer bringen und persönlich eintreten müssen. Wir können nicht erwarten, daß andere Leute für uns die Kaskanen aus dem Feuer holen. Darum auf zur Tat! (Eberts.)

#### Verdientes „Geld“.

Im christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln ist kürzlich eine neue Broschüre über die Selben erschienen. Kollege Jambusch hat darin auf 118 Seiten ein reichhaltiges Material zur Kennzeichnung dieser, einzig dem Interesse des Unternehmertums dienbaren Gebilde zusammengetragen. Das Titelbild der Schrift bringt den in der gelben Bewegung herrschenden Geist ebenso treffend wie drastisch zum Ausdruck. Eine klavisur-artige, willenlose Arbeiterkraft kassodiert vor einem Exemplar des hypermodernen Industrieassessorientums, das nach Laune die bewohte Gesellschaft unter Zufühlnahme von Zuckerbrot und Peitsche dirigiert. Es sind ja nicht die alten Industriekapitane, die Deutschlands Wirtschaftsleben so gewaltig voran brachten, welche sich als Förderer und Gönner der Selben gerieten, sondern die Assessoren auf den Werken und in den Unternehmerverbänden.

Verlagtes Titelbild, welches den Zweck der gelben Wertvereinsbewegung so naturwahr versinnbildet, entlockt selbst dem gelben „Wertverein“ (Nr. 29), das beziehende, und für die von ihm seither vertretene Sache vernichtende Verständnis:

„Wer noch ein Gefühl für Ehre hat, der weiß, daß der hier dargestellte Vorgang das Erbärmlichste und Gemeinste ist, was im menschlichen Leben überhaupt vorkommen kann. Ein Arbeitsgeber, der das tut, was hier dargestellt wird, ist schlimmer, als ein Mensch, der einen andern über den Haufen stößt.“



Ein Mensch, der sich, wie diese Arbeiter, gegen schnödes Geld jeder Ehre selbst entäußert, ist das Traurigste was unter Gottes Himmel existieren kann.

Nachdem er zu dieser Erkenntnis durchgedrungen ist, mühte der gelbe „Werktverein“ also in nationalen und kulturellen Interesse das ganze traurige gelbe Hauptwerk an den Nagel hängen und sein Erscheinen einstellen.

Das sieht auch sehr älterer gelber Kollege, der „Bund“ heraus, der sich in seiner letzten Nummer gleichfalls mit der erwähnten Broschüre beschäftigt. Er redet da über „christliche“ Einseitigkeit in der Beurteilung der „Gelben“. Geld und gelb ist nach dem „Bund“ noch lange nicht einerlei. Er spricht von „Besonderheiten der westdeutschen Richtung der Werkvereinsbewegung, die sich... besonders zu Angriffsobjekten eignen.“ Er behauptet, daß Juchacz, in der Hauptache Vorgänger in westdeutschen Werkvereinen als Unterlagen für die Beurteilung der gesamten gelben Bewegung benutzt habe. Für die Berliner Werkvereine nimmt der Bund ein entschieden reicheres Geiß in Anspruch. Sogar das Streikrecht hätten diese sich reserviert. Der Witz ist gut. Die hochmütigen Vöner der Bundskommissionen werden sich darob nicht schlecht ins Fäustchen lachen. Es käme ja nur auf einen praktischen Versuch an und die gelben Schächler der Berliner Richtung würden erfahren, daß das gelbe „Streikrecht“ eine Farce ist, eine Kleinkinderfinte, mit der man zum Spaß wohl einmal knallen darf — aber nicht schmecken kann. Schließlich haben die Späher nicht einmal mehr Respekt vor dieser gelben „Waise“, geschweige denn irgend ein Unternehmender, der ja den Schlüssel zur gelben Pulverkammer selbst in der Hand hat.

Darum will es auch nichts besagen, wenn, wie der „Bund“ behauptet, die Berliner Werkvereine ohne Weisheit von Beamten „raten und taten“ dürfen. Und wenn er weiter behauptet, das „gewisse enge Verhältnis“ zwischen Werkverein und Unternehmer sei „kein Abhängigkeitsverhältnis“, so beweisen doch die ominösen „Lebensbriefe“, daß das Gegenteil dieser Behauptung Wahrheit ist. Auch die Selbsthalter und Werkvereinsbesitzer Berliner Koloier sind schließlich Geschäftslente und auf ihren Vorteil bedacht. Mit dem unabhängigen „Maten“ der Berliner Gelben wird es also nicht weit her sein. — Auch wenn er sich hübsch hinter den Kulissen hält, dirigiert der Regisseur doch die ganze Komödie. — Und was erst das „Taten“ angeht, so wären wir wirklich neugierig, wo der „Bund“ aus der ganzen gelben Geschichte einen Fall aufzudecken wollte, wo ein gelber Werkverein ohne Erlaubnis seiner hochmütigen Vöner irgend etwas „taten“ durfte.

Also „Berliner Gelb“ oder „Essen-Saarabisches Gelb“ — es kommt im Effekt auf eines heraus. Ein Arbeiter, der nach Gefühl für Ehre und Menschwürde hat, mag mit beiden keine Gemeinschaft haben und er unterschreibt das Urteil des „Werkvereins“: „Ein Mensch, der sich, wie diese Arbeiter, gegen schnödes Geld jeder Ehre selbst entäußert, ist das Traurigste, was unter Gottes Himmel existieren kann.“ — Ein aufrichter Arbeiter läßt sich darum in diese traurige gelbe Gesellschaft weder hineinlocken noch hineinpressen. Die Jammerklappen aber, die sich widerstandslos in die gelbe Furche hineinstreuen lassen, sollten süßlich auf den Ehrentitel eines deutschen Mannes verzichten.

Ein „Genosse“ vor Gericht.

Der Zoologe ist gewohnt, die Schlangen in zwei Gattungen einzuteilen; er unterscheidet Großmäuler und Egmäuler. Reduzieren wir nun den Ausdruck „Maul“ auf Mund, so könnte man versucht sein, auch die Genossen in zwei verschiedene Arten einzuteilen in Großmäuler, die man gewöhnlich in roten Versammlungen antrifft, und in Egmäuler, die man vor Gericht anzutreffen pflegt. Bei näherem Zusehen wird man sich aber doch überzeugen müssen, daß es sich hier trotz der auffallend verschiedenen Mundweite um ein und dieselben Individuen handelt und eine Klassifizierung der „Genossenschaft“ von diesem Gesichtspunkte aus nicht angängig erscheint. Das zeigte sich u. a. auch bei Gelegenheit der Stuttgarter Schmiedeversammlung.

Die Genossen hatten hier auf den 26. Juli eine „öffentliche Schmiedeversammlung“ ins rote Gewerkschaftshaus einberufen, an der auch die in Frage kommenden Mitglieder unseres Verbandes teilnahmen. Da nun die Genossen nach bekanntem Muster die christlich organisierten Schmiede von den Tarifverhandlungen ausschließen wollten, beantragte unser Bezirksleiter Kollege Gengler, daß auch ein Mitglied unseres Verbandes zu den Kommissionsberatungen hinzugezogen werde. Diesen selbstverständlichen Antrag beantworteten die Genossen mit einem wüsten Geschimpfe. Der Gauleiter Ritter-Mannheim vom sozialdemokratischen Schmiedeverband versetzte sich sogar soweit, unseren Bezirksleiter der Lüge zu beschuldigen. Gengler gab dem Genossen Gelegenheit, vor Gericht den Beweis für seine Beschuldigung zu erbringen. Genosse Ritter aber war hier, wo es galt, sehr sehr feindlich; er versuchte nicht einmal den Beweis anzutreten. Und so kam in der Verhandlung am 23. September vor dem Schöffengericht Stuttgart zwischen den Parteien folgender Vergleich zustande:

- 1. Der Angeklagte (Ritter) nimmt den von ihm am 26. Juli in der öffentlichen Schmiedeversammlung im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart dem Privatkläger gemachten Vorwurf der Lüge mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichtet sich, an den Privatkläger zum Zwecke der Veröffentlichung des Vergleichs eine Waage von M. 10,— zu bezahlen.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Erfüllungsort ist Stuttgart.
3. Der Privatkläger (Gengler) nimmt die Klage zurück.

Auch dieser Fall bestätigt wieder die alte Erfahrung: Vor den Massen reißt die Genossen den Mund möglichst weit auf, um den Gegner zu verkleinern und herunter zu reißen. Sollen sie aber vor Gericht für ihre Verleumdungen den Beweis antreten, dann klappen sie die Zähne hübsch fest aufeinander. — Übrigens war auch der praktische Erfolg der vom „Bruder Schmied“ und seinem hungrigen Geschritten und jebigen Verpeiter geführten Bewegung, trotz der erschütternden Mundweite gleich Null. Worte und Taten gelten im roten Lager ja überall als — zwei Paar Stiefel.

Rundschau.

Zum Abschluß der neuen Handelsverträge wurde vom Reichstag angeregt, vorher Untersuchungen darüber anzustellen, wie die gegenwärtige Tarifpolitik auf Handwerker und Mittelstand gewirkt habe. Wie wir der Rhein-Beiz. Bg. entnehmen, beabsichtigt die Reichsregierung jetzt einen Ausschuß zusammenzuberaufen, der die Frage erörtern soll, in welchem Umfang eine Unterordnung über die Verhältnisse des Klein-

gewerbes notwendig ist und mit welchen Mitteln man in der Lage sein würde, sie durchzuführen. Der Weg der Produktionsserhebungen, mit denen seit Jahren bestimmte Zweige unseres Wirtschaftslebens in ihrer Entwicklung erforscht werden, sei für die Industrie, aber nicht für die Kleinbetriebe verwertbar. Das zeigten die Erfahrungen bei der Erhebung über die Produktionsverhältnisse in der Mälzerei. Hier habe es sich nahezu als undurchführbar herausgestellt, im Wege der Umfrage und auf Grund von Fragebogen, die von den einzelnen Betriebsinhabern ausgefüllt werden mußten, ein auch nur irgendwie verwertbares Material über die Verhältnisse der Kleinbetriebe zu erhalten. Es seien bei solchen Produktionsserhebungen statistische Tabellen in dem Fragebogen nicht zu vermeiden. Den Kleinbetriebsbetreibern fehle vielfach infolge einer nur beschränkten Buchführung das Material, um die gestellten Fragen annähernd zutreffend zu beantworten. Es müßten also andere, den besonderen Verhältnissen des Kleingewerbes mehr entsprechende Mittel angewendet werden, um die Wirkung unserer Tarifpolitik auf Handwerk und Mittelstand festzustellen.

Nähmashinen konnten bisher nach Ansicht vieler deutscher Männer und Frauen von keinem Volk in solcher Vollkommenheit hergestellt werden, als wie von den Amerikanern. Ein sprechender Beweis dafür ist die weite Verbreitung, welche die amerikanische Singermaschine in Deutschland gefunden hat. Diese Ansicht eines verehrlichen p. t. deutschen Publikums beruht auf der elenden Gicht, alles, was aus dem Ausland kommt, restlos zu bewundern. Wir sind über jeden Verdacht des Chauvinismus erhaben und bilden uns auch nicht ein, daß Deutschland in jeder Beziehung technisch im Zenith steht, doch muß festgestellt werden, daß die deutsche Nähmaschinenindustrie dem amerikanischen Erzeugnis durchaus die Wage halten kann. Allmählich sehen dieses — faure Michel — selbst die Amerikaner ein. (Daß es unsere deutschen Volksgenossen einsehen, wagen wir vorläufig noch zu bezweifeln.) Die amerikanische Regierung soll nämlich die Ansicht haben, eine Anzahl Gebrauchsgegenstände, darunter auch Nähmaschinen, auf die Zollfreiliste zu setzen. Diese Ansicht hat die Vertreter der amerikanischen Nähmaschinenfabriken auf den Plan gerufen. Sie behaupten, daß die Aufhebung des Zolles auf Nähmaschinen den Min der amerikanischen Nähmaschinenindustrie zur Folge haben müßte. Die Firmen haben kürzlich als Vertreter Herrn Chase von der Withe-Nähmaschinen-Gesellschaft zur mündlichen Verhandlung vor dem Finanzkomitee des amerikanischen Senats entsandt.

Herr Chase hat nun, wie der Hannoverische Courier berichtet, vor dem Finanzkomitee auf die Frage des Senators Smoot: „Nicht wahr, die ausländische Nähmaschine ist nicht so gut wie die amerikanische?“ u. a. geantwortet: „Meine Herren, es tut mir leid, daß ich sagen muß, sie ist nach meiner Ansicht der amerikanischen Nähmaschine völlig ebenbürtig.“ Und weiter sagte er: „In Bezug auf Nähen, Aussehen und Dauerhaftigkeit, glaube ich, sind die ausländischen Nähmaschinen den unseren gleich.“

Das Ergebnis dieser Verhandlung ist für die deutsche Nähmaschinen-Industrie von Wichtigkeit, denn zunächst geht aus den Aussagen des Herrn Chase hervor, daß vom amerikanischen Standpunkt aus die ausländischen Nähmaschinen ebenso gut sind, wie die in Amerika hergestellten. Unter ausländischen Fabrikaten können aber nur die deutschen Nähmaschinen zu verstehen sein, weil es, abgesehen von den in Europa (Schottland) hergestellten Singermaschinen, keine anderen gibt. Man kann aber getrost hinzufügen, daß die deutschen Fabrikate den amerikanischen sogar in mancher Hinsicht weit überlegen sind. Jedenfalls liegt es im Interesse der deutschen Nähmaschinen-Industrie, wenn von den in der Verhandlung gemachten Feststellungen recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird, damit die Amerikaner endlich aufhören, die deutschen Maschinen als weniger gute Ware zu bezeichnen, wie sie es so gerne, namentlich im Auslande, tun.

Aus der Metallindustrie. Das Gußstahlwerk Witten verzeichnet im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 1 099 000 Mark. Davon werden 780 000 M. als 12% Dividenden verteilt, an Lantienen gelangen 118 000 M. zur Auszahlung. — Die bereinigten Preß- und Ziehwerke zu Zahlhausen und Helefeld erzielten 45 000 M. Reingewinn. Die Divende beträgt 12%. — Die Armaturen- und Maschinenfabrik Westfalia in Gelsenkirchen hat mit einem Reingewinn von 75 804 M. abgeschlossen. Die Dividende beträgt 4%.

Der Walzdrahtverband, welcher bekanntlich am 31. Dezember d. J. ablaut und dessen Weiterbestehen durch die Nichtkontingentierung der B-Produkte im neuen Stahlwerksverband in Frage gestellt war, scheint nun doch wieder zustande zu kommen. Er ist nämlich, wenn auch vorläufig nur bis zum 31. März 1913, verlängert worden. Die endgültige Beschlußfassung soll statt am 31. Oktober am 31. Dezember 1912 erfolgen.

Einen Fachkursus für Hufeisenverarbeiter veranstaltet im Laufe des kommenden Winters der katholische Gesellenverein Düsseldorf. Der Kursus soll drei Monate dauern, von November bis Februar. Das Unterrichtsgeld ist auf nur 20 M. bemessen. Unsere Kollegen aus der Schmiedebranche von Düsseldorf und Umgebung, die gekommen sind, von dieser Gelegenheit zu ihrer fachlichen Fortbildung Gebrauch zu machen, erhalten nähere Auskunft durch Herrn Sekretär Philipps, Düsseldorf, Birkenstraße 14.

Heber Theorie und Praxis bürgerlicher Preise regt die Sozialdemokratie sich im Interesse ihrer Agitation oft juchend auf. In Wirklichkeit aber gelten im Genossenlager seit jeher Worte und Taten als zwei Paar Stiefel. So „erregt“ gegenwärtig in Sozialistenkreisen Frankreichs die kritische Lage der roten Glasfabrik Albi eine tiefe Verstimmung. Dieses rote Unternehmen wurde im Jahre 1896 eröffnet und mit großen Plänen als ein „Triumph des Sozialismus“ gefeiert. Der Organisator dieser auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Arbeiter und Angestellten gegründeten Fabrik, die als ein sozialistisches Musterinstitut Schule machen sollte, war Faures. Schon die im letzten Sommer erfolgte Erneuerung eines Oefingens, die sich, um den Betrieb nur halbwegs konkurrenzfähig zu machen, als unabweislich erweist, hatte in der Fabrik eine bedenkliche Gärung hervorgerufen. Jetzt ist nun eine Abordnung der Arbeiterchaft von Albi nach Paris gefahren, um den Aufsichtsrat vor die Wahl zu stellen: Vohngleichheit aller am Fabrikbetriebe beteiligten Personen oder sofortige Arbeitsentlassung. Nach den neuesten Berichten über diesen Fall haben die Arbeiter tatsächlich die Arbeit niedergelegt und suchen ein Unterkommen in kapitalistischen Betrieben.

Dieser französische Miniaturunfall, der sich auf dem Papier so hübsch ausnimmt, klappt also in der Praxis auch nicht. Die „sozialistische Wirtschaftsordnung“ muß entweder die „so-

zialistische Gleichheit“ an den Nagel hängen und, wie Genosse Fischer im Vorwärts, kapitalistisch wirtschaften — oder den Bankrott anmelden.

Dem sozialdemokratischen Parteitag erteilt das Blatt der Solinger Genossen, die „Bergische Arbeiterstimme“, gar keine gute Zensur. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Im übrigen aber können auch wir nicht behaupten, daß die Vorstandsreferenten auf dem diesmaligen Parteitage besonders gute Vorbilder für das Auftreten von Referenten auf Parteitag geliefert hätten. Übert schloß unsere Trachtens bei seiner Behandlung des Göttinger Falles zu Ruhe und Gemessenheit, die aus dem Gefühl für das Forum, vor dem er sprach und für seine Stellung als Vorstandsvertreter hätte herausfließen müssen. Ähnlich erging es Müller beim Schlußwort über das Organisationsstatut, in dem er in verständlicher Erregung mehrere intellektuelle Loschlagsversuche unternahm. Auch „unser Philibp“ (Schreibemann, Red.) verunglückte in seinem äußerst glänzenden Referat über die Reichstagswahlen, als er die Dampfungsklausel verteidigte. Seine Veranlassung, alles mit Humor und Witz zu behandeln, ließ ihn etwas stark die Grenzen überschreiten, die für eine solche Behandlungsweise auf einem Parteitage von selber gegeben sind. Die Zurückweisung, die er sich vom Genossen Dr. Cohn wegen seiner Darstellung der Nordhäuser Wahlvorgänge zuzog, zerstörte denn auch sehr beträchtlich den ursprünglichen Eindruck seines Referats. Wir möchten wünschen, daß die Vorstandsvertreter künftig... gänzlich darauf verzichten, die Lachmuskeln der Zuhörer auf Kosten einzelner Parteitagsteilnehmer in Bewegung setzen zu wollen.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf. Der hier durchzuführende Kampf um die 57stündige Arbeitswoche bei den Firmen: Stahlwerk Deking, Fittingsfabrik Gebr. Jnden und Fittingsfabrik Woeste & Co. dauert jetzt bereits 12 Wochen, ohne daß es zu einer Annäherung der beiden Parteien gekommen wäre. Während die Firma Deking der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller angehört, die jeder Arbeitszeitverkürzung in schroffer Weise ablehnend gegenüber steht, scheinen die beiden anderen Werke gegenseitige Verpflichtungen eingegangen zu sein, dahingehend, keine Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen.

Vor wie nach ist die Stellungnahme der „nordwestlichen Gruppe“ bei diesem Kampfe eine äußerst interessante. Trotzdem hier in einer großen Anzahl angehänger Werke bereits die 57stündige Arbeitswoche durchgeführt ist und es im benachbarten Kölner Industriegebiet dieserhalb anscheinend gar nicht erst zu größeren Schwierigkeiten kommt, glauben die hiesigen Unternehmer wegen „zu weit gehender Forderungen“ den großen Schaden tragen zu sollen, der ihnen durch derartig lange Kämpfe entstehen muß. Die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Werke, die eine Arbeitszeitverkürzung bereits durchgeführt haben, müssen nun dazu noch die Unterstützungen für die Firma Deking mitbezahlen. Der Widerstand der Firma Deking gegen die Bewilligung der Arbeitszeitverkürzung kam so recht treffend bei einer kurzen Verhandlung mit einer Kommission der streikenden Arbeiter zum Durchbruch. Herr Deking soll da erklärt haben, daß der Frage der Arbeitszeitverkürzung erst näher getreten werden könne, wenn die Forderung des christlichen Metallarbeiterverbandes auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit erfüllt werden könnte.

Daß wir natürlich bei der Firma Deking diese Forderung niemals erhoben haben, dürfte sich von selbst verstehen, da wir keinerlei Forderungen unterstützen, die zurzeit nicht zu erfüllen sind. Der Herr meinte jedenfalls die Beschlüsse unserer Dortmunder und Offenbacher Generalversammlung, in denen wir den achtstündigen Arbeitstag für die Arbeiter der Schwereindustrie fordern, die heute noch die aufreibende 12stündige Arbeitszeit haben. — Jetzt hat der Arbeitgeberverband — wahrscheinlich als besonderen Trost für die großen Verluste — beschlossen, der Firma Deking eine öffentliche Belobigung auszusprechen. Einstimmig will eine Ausschussung den Beschluß gefaßt haben:

„Der bestreikten Firma Stahlwerk Deking Mt. Gf. wird einstimmig der beste Dank des Verbandes für ihr mutvolles Festhalten im Kampfe gegen die Gewerkschaften ausgesprochen und ihr die fortgesetzte Unterstützung des Verbandes in vollem Umfange zugesichert.“

Wir wissen nicht, ob diese öffentliche Belobigung die Herren vom Stahlwerk Deking über die leeren Arbeitsplätze und die recht trüben Aussichten, sie mit ordentlichen, leistungsfähigen Arbeitern zu besetzen, hinweg täuschen soll, verstehen jedoch recht gut, daß man recht häufig eines Trostes und einer Ermunterung bedarf, wenn man für die starken, unhaltbaren Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes einzutreten gezwungen ist. Sind doch von den rund 450 ausgeschiedenen alten Arbeitern nur noch sehr wenige außer Arbeit. Da aber auch die beteiligten Arbeiter-Organisationen ihrerseits den streikenden Arbeitern weder ihren Dank noch tatkräftige materielle Unterstützung vorerhalten, wird die Firma wohl mit der Zeit einsehen lernen, daß ihr mit der platonischen Liebeserklärung des Arbeitgeberverbandes nicht gedient ist, zumal ja auch die erhofften Reservisten keinerlei Lust verspüren, Streikbrecherdienste zu verrichten.

Der Firma Jnden ist es durch große Anstrengungen gelungen, eine Anzahl Streikbrecher zu erhalten. Nur fehlen ihr die Schmiede und Zuschläger, welche die Herstellung von schmiedeeisernen Fittings und Muffen verfehlen. Kein Wunder also, daß die Streikbrecher der Firma wenig Freude machen und Herr Jnden schon den Stundenlohn dieser Leute reduziert hat. Wir können ihm diese Maßnahme nicht verübeln, denn Leute, die statt auftragsgemäß Fittings oder Muffen, nur Schrot zum einmischen liefern, verdienen keinen Lohn. Vieles soll



außerdem noch ohne Wissen des Arbeitgebers verschwinden, besonders die Gewindebohrer, welche in beträchtlicher Anzahl in den Werkstätten wandern. Herr K. weiß vielleicht besser Bescheid. Herr Jnden will jedoch erst seine alten Arbeiter zu seinen Füßen sehen, um sein Passaregiment anrecht erhalten zu können. Da wird auch er nach warten müssen, denn der größte Teil der Arbeiter ist bereits in anderen Stellungen.

Bei der Firma W o e s t e streiken bekanntlich nur die Schmiede und Zuschläger, während alle anderen Arbeiter weiter arbeiten und mühsam den Betrieb aufrecht erhalten. Die stattgefundenen Verhandlungen führten zu keiner Einigung, da die Firma nur eine Stunde Arbeitszeitverkürzung durch Einlegung einer Puhstunde an den Samstag bewilligen will. Streikbrecher haben sich hier keine gefunden und die Kampfeslust der Kollegen ist eine ungeschwächte.

In besonderer Weise scheinen die hiesigen Ordnungsorgane Anweisung erhalten zu haben, ein „scharfes Auge“ auf die Streikposten zu richten. Die Strafmandate wollen gar kein Ende nehmen und man muß sich über die Züchtigkeit und Auslegungsgeschicklichkeit wundern, mit denen die Ordnungsparagrafen hiesiger Polizeiverordnungen gehandhabt werden. Wehe den Streikposten, die sich herausnehmen, wie Düsseldorf Bürger die Bürgersteige zu benutzen. Sie verstoßen gegen die umfassen §§ 25 und 55 und werden in folgender Weise bestraft:

„Sie haben am 13. September 1912 vormittags gegen 8 Uhr auf dem Bürgersteige der Erkratherstraße den freien Verkehr gestört, indem Sie mit drei anderen Personen derart nebeneinander gingen, daß die Passanten ausweichen mußten.“ (Polizeistrafe sechs Mark.)

Wir wollen bemerken, daß dieser Bürgersteig eine besondere Breite hat, daß dort, wo dieses Protokoll aufgenommen wurde, keine Häuser stehen und auch keine Menschenseele außer den Polizeiposten und den vier Streikposten vorhanden war. Wie nun der freie Verkehr gestört, die nicht vorhandenen Passanten ausweichen mußten, wird wohl für immer das Geheimnis dieses überleitigen Sicherheitsorgans bleiben. Wir sind jedoch nicht gewillt, diese 24 Mk. an den Polizeifiskus abzuführen und werden, genau wie bei einer Reihe anderer Protokolle, wohl eine Befreiung der Staatskasse erwirken.

Es ist hier also wie überall; jeder Fortschritt will erkämpft sein. Immer mehr zeigt sich, wie nur durch geschlossenes Handeln berechnete, durchführbare und längst spruchreife Forderungen der Arbeiter errungen werden können. Das Arbeitgebertum von heute will den Kampf, um ja nicht dem Metallarbeiter freiwillig irgendwelche Verbesserungen einzuräumen. Daher müssen sich auch die noch abseits stehenden Kollegen unserer Organisation anschließen, um mit aller Energie mit an der Durchführung der berechtigten Forderungen ihres Standes mitzuwirken. Hierzu ist Ausdauer und Opferfreudigkeit notwendig, damit es den gelben Anwesenheiten — an denen unser verdienter Lohn durch die Unternehmern verschwendet wird — niemals gelingt, zum Schaden einer selbstbewußten, für ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft ihre Zerplitterungsbestrebungen durchzuführen; selbst wenn die gelben Kulissenschieber noch mehr Orden und äußere Ehrenzeichen bekämen. Wir trachten nicht nach Außerlichkeiten, unsere Pflicht jedoch soll es sein, für die weitere Ausbreitung unserer Organisation auch die letzten Kräfte zu opfern. Nichts soll und darf uns abhalten, gerade jetzt in eine gute Werbearbeit einzutreten. Jetzt, nachdem die bessere Fundierung unserer Hauptkasse vor sich gegangen ist, müssen wir aber auch an die Stärkung unserer Lokalkasse denken, da ein jeder Kollege dieselbe einmal gut gebrauchen kann, wenn es gilt, in der weitgehendsten Weise besondere Unterstützungen zur Durchführung einer Bewegung zu gewähren. Darum Kollegen, nehmt überall die Streikmarken, beschränkt euch nicht auf die festgesetzte Zahl, sondern sucht durch möglichst weitest Verbreitung unsere Lokalkasse zu stärken. Es gilt, als christlicher Metallarbeiter seine Pflicht zu erfüllen, besonders im letzten Quartale dieses Jahres. Dann wird es uns möglich sein, unser Ziel, die Ueberwindung des dritten Tausend Mitglieder, zu erreichen. Darum, Freiwillige vor die Front! Wir arbeiten für unsere Sache, für unsere Ideale!

**Essen-Ruhr.** Im Juli dieses Jahres reichte unsere Ortsverwaltung den Arbeitgebern der elektrischen Branche Forderungen ein, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Da der „Deutsche“ Metallarbeiterverband glaubte, die Interessen der Elektromonteur- und Hilfsarbeiter zu vertreten zu können, lehnte er ein gemeinschaftliches Vorgehen mit unserer Organisation ab und reichte ebenfalls Forderungen an die Arbeitgeber ein. In unserem Tarifentwurf wurden gefordert: Verkürzung der Arbeitszeit, Festlegung von Mindestlöhnen, Regelung des Montagewesens, besondere Lohnzuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit u. a. mehr. Auf den eingereichten Tarifentwurf antworteten die Arbeitgeber teils zustimmend, teils erklärten sie, nur mit eigenen Angestellten diese Angelegenheit regeln zu wollen. Andere wieder ließen der Organisation keinen Bescheid zukommen.

Wir versuchten nun, mit den einzelnen Arbeitgebern in Verhandlung zu treten und luden sämtliche in Betracht kommende Arbeitgeber zu einer gemeinschaftlichen Sitzung ein. Aber wenige Herren erschienen. Doch hatte die Sitzung den Erfolg, daß die Arbeitgeber einander näher gebracht wurden. Man hielt es in dieser Sitzung für ausgeschlossen, nur mit einer einzigen Organisation einen Vertrag abzuschließen. Die Mitglieder des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes mußten sich erst mit uns einigen. Doch das war bei der derzeitigen Kampfesweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ausgeschlossen. Dem „Deutschen“ Metallarbeiterverband wurde in mehreren Schreiben mitgeteilt, daß nur mit beiden Organisationen

gemeinschaftlich ein Vertrag abgeschlossen werden könnte. Inzwischen schlossen sich die Arbeitgeber zusammen im Verband „Elektrischer Firmen“, Sitz Frankfurt. Von dieser Organisation wurde nun selbst ein sogenannter Arbeitsvertrag ausgearbeitet, der den Monteuren zur Unterschrift vorgelegt werden sollte. Dieses Monstrum von Vertrag war in vielen Punkten für die Monteure unannehmbar, da er Bestimmungen enthielt, wodurch sich die Kollegen verschlechtert hätten.

Der Ungewißheit im Gewerbe müde werdend, gingen jetzt zwei größere Firmen dazu über, und schlossen mit ihren Arbeitern im Beisein der beiderseitigen Organisationsvertreter nach mehrstündigen Verhandlungen einen Tarifvertrag ab. Der erste Vertrag wurde am 1. September, der zweite Vertrag am 23. September abgeschlossen. Der 23. September wurde nun ein Wendepunkt in der Tarifbewegung. Am selben Abend wurde seitens unseres und auch des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Elektrizitätssammlung abgehalten. In beiden Versammlungen wurde beschlossen, den Arbeitgebern das Arbeitsverhältnis zu kündigen bzw. sofort in Streik zu treten, falls dieselben sich weigern würden, den mit beiden oben erwähnten Firmen abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Dieser Beschluß veranlaßte die Arbeitgeber, ihren bisherigen Arbeitsvertrag zu verlassen und verschiedene erklärten sich bereit, den Vertrag zu unterschreiben. Inzwischen haben fast alle größeren Firmen den Vertrag anerkannt. Andere, besonders aber die gemischten Geschäfte, (Klempnerei und Elektroinstallation), weigerten sich, in irgend einer Weise Annäherungen zu treffen, so daß es hauptsächlich nur bei diesen Firmen zum Streik gekommen ist. Etwa 150 Monteure arbeiten seit dem 26. September unter tariflichen Arbeitsbedingungen, während 60 bis 70 Monteure und Hilfsarbeiter noch durch zähe Organisationsarbeit die Anerkennung ihrer Organisation erkämpfen müssen. Auch die Kollegen von „Siemens-Schuckert“ und der „Allgemeinen Elektr. Gesellschaft“ mühen sich mehr wie bisher um ihre gewerkschaftliche Organisation bekümmern, damit auch dort das bei den anderen Firmen Erreichte eingeführt werden kann.

Etwas eigentümliches müssen wir noch erwähnen. Während der „Deutsche“ Metallarbeiterverband in allen seinen Versammlungen nicht genug schimpfen konnte auf die christlichen „Streikbrecher“, wird er doch wohl jetzt einsehen müssen, daß ohne den christlichen Metallarbeiterverband nichts Greifbares erreicht werden kann. Durch Schimpfen auf die Unternehmer verbessert man noch lange keine Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Gerade bei dieser Bewegung wurde dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ein beschämendes Zeugnis ausgestellt. Erst im Büro des Arbeitgebers mußte der sozialdemokratische Verbandsbeamte seinen bis dahin eingenommenen Standpunkt verlassen, und in Anwesenheit eines Beamten unseres Verbandes verhandeln. Im übrigen gebärden sich die Herren bei Verhandlungen mit Arbeitgebern bedeutend weniger radikal, als in den Versammlungen vor ihren Genossen. Zu bedauern sind nur die vielen Arbeiter, welche sich durch radikale Reden verleiten lassen, einer sozialdemokratischen Organisation beizutreten.

An unseren Kollegen aus der Elektrobranche wird es jetzt liegen, durch den Ausbau unseres Verbandes dafür zu sorgen, daß der Erfolg ein vollständiger und dauernder wird.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Gevelsberg.** Bei der Firma W. Schmidt, Schloßfabrik und Temperalehrei stehen die Arbeiter im Streik.

**Beckum.** Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugzug von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Coeling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Uerdingen-Naldenhäuser.** Ueber die Metallwarenfabrik Gular Röhr ist die Sperre verhängt.

**W. Gladbach.** Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenlehrei, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

**Machen.** Bei der Firma Paulus, Bauhilferei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

**Düsseldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Woeßte & Co., Fittinasfabrik; Schmiede, Zuschläger und Schlosser. Gebr. Jnden, Fittinasfabrik; Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser. Stahlwerk Delling; Gleiserel, Modellschreinerel und Maschinenabteilung.

**Dortmund-Annen.** Ueber die Stahlgießerei des Annener Gußstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Zugzug gewarnt.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Moritzgasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Bauhilferei, Klempner usw. werden deshalb ersucht, den Arbeitgebernachweis zu meiden.

**Machen u. Rohlscheid.** Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

**Düsseldorf.** Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Betriebsperre verhängt.

**Menden.** Bei der Firma Schmöle & Co. stehen sämtliche Arbeiter im Streik.

**Schwelm.** Bei der Firma G. Schubeis sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug ist fernzuhalten.

**Essen-Ruhr.** In einigen Betrieben der Elektrobranche stehen die Monteure und Hilfsarbeiter im Streik. Arbeitslose müssen sich auf unserem Büro, Frohnhauserstraße 19, melden.

**Düren-Dirkesdorf.** In der Dürener Metallschmiedefabrik Rufferath u. Co. stehen die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Die Sperre über die Firma „Rhönig“, Kölnnerstraße, ist aufgehoben.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 6. Oktober der einundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

**Stollberg-Düren.** Eine sehr gut besuchte Vorstands- und Vertrauensmännertagung unserer Ortsverwaltung tagte am 15. September unter Leitung des Kollegen Schämmer im Rottlandshaus zu Stollberg. Bezirksleiter Kollege Schmitz verbreitete sich eingehend über den gegenwärtigen Stand des Verbandes. Ausgehend von den Arbeiten unserer letzten Verbands-generalversammlung hob Kollege Schmitz besonders deren Bedeutung für den Hilttenarbeitererschutz hervor. Von jeher sei unser Verband entschlossen für die Arbeiter der schweren Eisenindustrie eingetreten, und es sei besonders erfreulich, daß nun auch die Intern. Vereinigung für gest. Arbeiterschutz auf ihrer letzten Tagung in Zürich die diesbezüglichen Forderungen unseres Verbandes zu den ihrigen gemacht habe. — Die Mitgliederbewegung im zweiten Bezirk könne einigermaßen befriedigen, aber es müsse in der Agitation von Vorständen und Vertrauensmännern noch bedeutend mehr geleistet werden. Im kommenden Herbst und Winter muß in eine allgemeine Agitation auf der ganzen Linie eingetreten werden. Ausdrücklich berichtete Kollege Schmitz über die gegenwärtige Bewegung in der Kölner Metallindustrie und betonte, daß 120 Betriebe mit 60 000 Arbeitern an derselben beteiligt wären. Von letzteren seien aber erst 13 000 organisiert. Eine große Zahl der in Frage kommenden Firmen habe bereits die Forderungen der Arbeiter bewilligt und die Arbeiter seien entschlossen, ihre Forderungen auch bei den übrigen durchzusetzen. Die Bewegung hat der Ortsverwaltung Köln unseres Verbandes im zweiten Quartal bis zur Zeit 800 neue Mitglieder zugeführt. Die Mitteilung wurde von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Kollege Schmitz schloß mit der eindringlichen Mahnung, daß ganz besonders gearbeitet werden müsse auch an der Erhaltung der Mitglieder. Unser Bestreben muß sein, innerhalb eines Jahres unsere Zahl zu verdoppeln. Das sei sehr wohl möglich, wenn nur überall Vorstand und Vertrauensmänner sich ihrer Pflichten bewußt sind und danach handeln.

Ueber den Stand unserer Ortsverwaltung referierte Kollege Schämmer. Am Schlusse des zweiten Quartals konnten wir in einem Flugblatt erfreuliches über unsere praktische Gewerkschaftsarbeit berichten. Eine große Zahl Bewegungen hatten wir zum Nutzen der Kollegen durchgeführt. Diese Arbeit wurde im dritten Quartal fortgeführt. Die Maschinenisten und Heizer der Firma Prym erzielten durch eine Eingabe einen Lohnzuschlag von 25, 40 und 55 Pfg. Für Ueberstunden soll ein Hilfsbeizerg pro Stunde 9 Pfg. mehr erhalten. Auf der Bleihütte Münsterbusch glaubten die Indifferenzen auch „ohne Verhandlung“ eine Lohnherhöhung durchdrücken zu können. Das schlug natürlich fehl und unser Verband nahm sich der Sache an. Der Arbeiterausschuß wurde von einer Versammlung beauftragt, mit der Direktion über Lohnherhöhung zu verhandeln. Das hatte den Erfolg, daß nach kurzer Zeit die Löhne der Handwerker und Tagelöhner von 15 und 20 Pfg. erhöht wurden. Auch wurde dem Ausschuss versprochen, daß nach einiger Zeit weitere Lohnherhöhungen folgen.

Wegen Fehlgang kam es bei der Firma Zimmermann u. Janßen in Alsdorf zu Differenzen. Einem Kollegen wurden 18 Mark für Fehlgang abgehalten. Die Verhandlung zwischen Firma und Verbandsvertretern hatten den Erfolg, daß dem Kollegen 15 Mark retour gezahlt wurden. Durch Einführung einer Kontrolluhr und allzu scharfer Kontrolle kam es bei der Firma Erken in Niebauer zur Arbeitsüberlegung. Durch sofortiges Eingreifen unsererseits gelang es, die Kontrolle bedeutend zu mildern. Die Arbeiter erklärten an, daß ein gerechtes Kontrollsystem in ihrem eigenen Interesse liege. Nach einem halbtagigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Diese Erfolge sind um so höher einzuschätzen, weil sie alle ohne lange Streiks erreicht wurden.

Es bewahrheitet sich immer mehr, daß die Arbeiter da, wo sie organisiert sind, auch Erfolge erzielen. Wo die Arbeiter jedoch den Wert des Zusammenschlusses noch nicht erfaßt haben, wird ihnen eine Verschlechterung nach der anderen präsentiert. Erinnert sei hier nur an die Gießereiarbeiter der Firma Prym, bei denen man innerhalb zweier Jahre dreimal einen Lohnabzug von 1 Mark und 1,50 Mk. pro Tag durchlebte. Dasselbe trifft zu für die Arbeiterinnen der Firma Prym, denen man einen Abzug nach dem andern anbiert. Mögen auch diese Kollegen und Kolleginnen bald einsehen, daß sie am verkehrten Ende gespart haben, wenn sie bisher glaubten, den Verbandsbeitrag nicht zahlen zu können.

Bezüglich der Mitgliederbewegung ist eine starke Fluktuation innerhalb unserer Ortsverwaltung zu verzeichnen. Die Hauptursache ist in der schlechten Mitarbeit in den einzelnen Sektionen zu suchen. Es muß viel mehr Wert auf die Erhaltung der Mitglieder gelegt werden. Die Ortsverwaltung Stollberg-Düren zählte am Schlusse des zweiten Quartals 1020 Mitglieder. Um diese Zahl zu erhöhen sei es unbedingt erforderlich, daß die auf der Bezirkskonferenz und Generalversammlung gefassten Beschlüsse in die Tat umgesetzt würden. Wir haben keine Zeit, müde zu sein, dafür sorgen schon in unserm Bezirk die Arbeitgeber. Die Einführung der Gelben durch Gehlag und Musikvereine, sowie die Weihnachts- und Firmensgratifikationen besagen genug. Nicht erlahmen dürfen wir in der gewerkschaftlichen Arbeit. Unser Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Es müssen Hindernisse überwunden werden. Darum fort mit aller Gleichgültigkeit, gearbeitet als idealer christlicher Gewerkschaftler, dem kein Opfer zu viel, keine Arbeit für die gute Sache zu schwer und kein Hindernis zu groß ist. Unser Ziel im Auge, die Regel fest in der Hand, so werden wir uns das erringen, was uns von Rechts wegen zusteht.

Eine lebhaft diskutierte Sitzung schloß sich an die beiden, mit großer Begeisterung aufgenommenen Referate. Es ist nun auch zu erwarten, daß von den einzelnen Sektionen in diesem Sinne ernsthaft und nachhaltig gearbeitet wird. Zum Punkt Winterarbeit einigte man sich auf folgendes Programm: 1. Se-



den ersten Sonntag im Monat Unterrichtskursus für rebnerisch veranlagte Kollegen. 2. Allgemeine Unterrichtskurse mit Arbeiter- und Jugendvereinen gemeinsam. 3. Frauen- und Jugendvereine. Zum Schluss wurde nochmals an die Durchführung der Hausagitation erinnert; die Kollegen sind verpflichtet, die dahingehend gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

**Zweibrücken-Bezirk.** Unsere Ortsgruppe besteht nun schon mehrere Jahre und hat sich auch, wenn auch langsam, so doch stetig entwickelt. Ohne Zweifel aber wäre der Aufstieg ein größerer gewesen, wenn alle Kollegen in Punkt Agitation und Versammlungsbesuch ihren Mann gestellt hätten. Leider muß gesagt werden, daß der Versammlungsbesuch in letzter Zeit sehr gut war. Dies gilt auch von der letzten Versammlung, in welcher Kollege Kellenhofen Bericht erstattete über unsere Verbandsgeneralversammlung und die Durchführung ihrer Beschlüsse. Wir sind überzeugt, daß die Vorträge der Kollegen Kellenhofen und Bied für alle Kollegen ohne Ausnahme anregend gewirkt haben. Die Diskussion zeigte, daß die Anwesenden und besonders unsere Vorstandsmitglieder volles Verständnis haben für die Maßnahmen, die auf dem Verbandstage beschlossen wurden. So wurden denn auch die Beschlüsse betreffs Beitrags-erhöhung und Beibehaltung eines Vorkaufszuschlages von 10 Pf. einstimmig gefaßt. Ebenso bereitwillig stimmten die Kollegen dem Vorschlag des Bezirksleiters zu, daß ab 1. Oktober unsere Ortsgruppe zur Ortsverwaltung Saarbrücken gehört. Mit der Parole, in Zukunft kräftig für den Verband zu agitieren, besonders auch die Jugend für die gewerkschaftliche Organisation zu interessieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Kollegen von Zweibrücken-Bezirk! Laßt den Worten nun auch die Taten folgen. Tretet Mann für Mann ein für unsere gute Sache; werbet, agitiert, damit unsere Ortsgruppe weiter blühe und gedeihe. Arbeiten und Opfer bringen wollen auch wir für unsere Sache, im Bunde mit den gleichgesinnten und gleichstrebenden Kollegen, deren Herz warm und opferwillig schlägt für die Hebung ihres Standes.

**Neheim.** Eine merkwürdige Ansicht über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen scheint bei der Firma Gebrüder Kaiser & Co. hier zu bestehen. In selbstbewußter Weise beantwortet der Inhaber die von den Arbeitern vorgebrachten Wünsche einfach mit der Erklärung: „Ich bin selbst Fachmann. Was wollt Ihr? Ihr bekommt alle vierzehn Tage Euren Lohn. Mehr könnt Ihr doch nicht verlangen.“ Vor einiger Zeit unterbreitete die Arbeiterchaft Herrn Kaiser den Wunsch, einen Arbeiterausschuß einzuführen. Anfangs lehnte die Firma das ab. Später wurde einzelnen Arbeitern mitgeteilt, die Arbeiterchaft möge sich einen Arbeiterausschuß wählen. Diesem Wunsch kamen die Arbeiter nach. Als die Namen der Gewählten nun der Firma mitgeteilt wurden mit dem Ersuchen, diese Kollegen als Arbeiterausschuß zu akzeptieren, wurde die Sache wieder abgelehnt mit der Motivierung, „der Arbeiterausschuß habe keinen Zweck, da im Betriebe keine Mißstände vorhanden seien und auch später nicht vorkommen könnten.“ Da sind die Arbeiter entschieden anderer Ansicht. Denn Mißstände existieren tatsächlich nicht wenige bei der Firma Kaiser. Und da sich die Sache zurzeit nicht auf dem direkten Wege durch den Arbeiterausschuß regeln läßt, möchten wir an dieser Stelle auf einige hinweisen.

In der Klempnerei hat die Arbeiterchaft unter dem ständigen Gasdunst schwer zu leiden, da keinerlei Ventilation vorhanden ist. Gesundheitliche Schäden einzelner Arbeiter sind bereits als Folgen dieses Mißstandes zu verzeichnen. In der Schleißerei sieht es ähnlich aus. Die Luft ist ständig angefüllt von Schmirgelstaub, Sand usw. Ventilation ist hier ebenfalls nicht vorhanden, aber dringend notwendig. Dann die Aborte. Diese entsprechen in keiner Weise den primitivsten Anforderungen in sanitärer und sittlicher Beziehung. Nicht einmal besondere Aborte für die weiblichen Arbeiter gibt es. Das sind tatsächlich unhaltbare Zustände. Vielleicht legt sich die Aufsichtsbehörde einmal ins Mittel und macht der Firma begründlich, daß bei ihr tatsächlich Mißstände zu beheben sind.

Wicht bemerkenswert für die Arbeiter ist auch die Ansicht des Herrn Kaiser über den Nutzen der Organisation. Für die Arbeiter ist nach einer Aeußerung des Herrn die Organisation nutzlos und überflüssig. Als man ihn nun darauf aufmerksam machte, er sei doch auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes, meinte er, das sei auch ganz was anderes. Die Arbeitgeber hätten auch viele gemeinsame Interessen zu vertreten. — Als ob bei den Arbeitern nicht dasselbe in noch weit größerem Maße vorhanden wäre! Deshalb möchten wir auch den Arbeitern an dieser Stelle zurufen: „Kollegen, schließt euch Mann für Mann eurer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverbande an, dann wird es euch auch möglich sein, in mitbestimmender Weise auf eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuwirken zu können.“

**Soziales**

**Zur Frage der Fleischsteuerung.**

Die preussische Staatsregierung hat nach einer Mitteilung der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ beschloffen, gegen die herrschende Fleischsteuerung vorübergehend folgende Erleichterungen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande einzutreten zu lassen:

1. Für große Städte, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend sind, soll die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus dem europäischen Ausland und von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien zugelassen werden, wenn das Fleisch zu einem unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten, möglichst niedrigen Preise an die Verbraucher verkauft wird. Die Beförderung des Fleisches bis zum Bestimmungsorte muß in plombierten Wagen erfolgen.
2. Unter den gleichen Bedingungen soll die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland in einzelnen größeren Städten des Ostens, bei denen ein besonderes Bedürfnis besteht, gestattet werden.
3. Unter den gleichen Bedingungen soll ferner die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden in hierzu geeignete öffentliche Schlachthöfe größerer Städte unter den für die Einfuhr von Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn geltenden veterinärpolizeilichen Vorschriften geregelt und Bedingungen gestattet werden. In allen diesen Fällen sind besondere Genehmigungen erforderlich.
4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien wird aufgehoben.

5. Endlich ist eine vorübergehende Erhöhung des für das oberdeutsche Industriegebiet bestimmten Kontingents russischer Schlachtschweine beabsichtigt.

Ferner sind auf dem Gebiete der Eisenbahntarife preussischerseits folgende Maßnahmen in Aussicht genommen:

1. Der mit Ende dieses Jahres ablaufende wesentlich billigere Ausnahmetarif für frisches Fleisch wird auf ein weiteres Jahr verlängert und noch weiter verbilligt. Von dem so ermäßigten Tarifsaßen wird außerdem ein weiterer Frachtnachlaß von 20 Proz. gewährt:

- a) zugunsten von Gemeinden und Organisationen, die die Sendung in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder an Fleischer zum Verkauf zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen abgeben,
- b) zugunsten gewerblicher Unternehmer, die die Sendungen zu oder unter den Selbstkosten an eigene Angestellte oder zwecks Verkaufs an eigene Angestellte zu unter behördlicher Mitwirkung festgesetzten Preisen an Fleischer abgeben.

2. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß und zwar bis zu 30 Prozent von den Frachtsätzen, für lebendes Vieh gewährt.

Soweit gefrorenes Fleisch zur Einfuhr zugelassen ist, gelten die Ermäßigungen auch für dieses.

3. Die Vergünstigungen, die zugunsten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen beim Bezuge von Seefischen bestehen (Frachtnachlaß von 20 Prozent), bleiben auch für das Jahr 1913 in Kraft.

4. Die Tarife für Futtermittel und Mais werden unter der Bedingung, daß die Frachtermäßigung dem Viehhalter zugute kommt, bis Ende September 1913 um fast die Hälfte ermäßigt.

Endlich ist, um die Mitwirkung der Gemeinden an der Fleischversorgung zu fördern, dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt worden, der den Bundesrat ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrate vorgeschriebenen Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 Mark der Zollsatz von 18 Mark für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

Es wird dann weiter betont, daß der Einfuhr gefrorenen Hammel, weil sie technisch möglich sei, nichts im Wege stehe. — „Weiter zu gehen und durch eine auch nur zeitweilige Suspension des § 12 des Fleischbeschaugesetzes auch die Einfuhr von gefrorenen Rindern aus überseeischen Ländern zu ermöglichen, erschien dagegen nicht angängig.“ Die Einfuhr der Rinder in Häuten und mit anhaftenden Herzen, Nieren und Lungen biete die einzige Möglichkeit, eine der heimischen Fleischschau annähernd gleichwertige Untersuchung durchzuführen und das Befahren gewisser Krankheiten festzustellen, die das Fleisch des befallenen Tieres gesundheitschädlich machen. „Es würde weder mit Rücksicht auf unsere Volksgesundheit noch mit Rücksicht auf unsere heimische Landwirtschaft zulässig sein, ausländisches Fleisch in den Verkehr zu lassen, dessen Genusstauglichkeit nicht mit derselben Zuverlässigkeit festgestellt wird wie bei dem einheimischen Fleisch.“

Im übrigen sei sich die preussische Regierung darüber klar, daß die dauernde Sicherstellung unserer Fleischversorgung nur durch die Erhaltung und Verhärkung unserer, noch einer weiten Ausdehnung fähigen heimischen Viehzucht erreicht werden könne. Diese mit allem Nachdruck zu fördern, sei die vornehmste Aufgabe der nächsten Jahre.

**Sterbetafel.**

**Rüruber.** Am 12. September starb unser Kollege Georg Wandel im Alter von 56 Jahren an Lungentuberkulose.

**Köln-Birnst.** Am 18. September starb unser Kollege Edmund Thier im 52. Lebensjahre an den Folgen eines Anfalles.

**Frier.** Am 22. September starb unser Schriftführer Kollege Michael Lamach im Alter von 20 Jahren an Tuberkulose.

**Gevels' erg.** Am 27. September starb unser treuer Kollege Ab. Honsberg im Alter von 22 Jahren an Lungentuberkulose.

**Ehre seinem Andenken!**

Stuttgart, den 23. September 1912,  
Öffentliche Sitzung des R. Schöffengerichts  
Stuttgart-Stadt.

Gegenwärtig: Herr Professor Dr. Ottenbacher als Vorsitzender, Carl Altmeyer, Verbandssekretär hier, Hermann Berner hier, als Schöffen, Not. Prof. Frank, als Gerichtsschreiber. Anwesende: 9. 379 1912.

In der Privatklagesache des Karl Gengler, Gewerkschaftssekretär in Stuttgart, Bernerstr. 39, Privatkläger gegen den Ernst Ritter, Geschäftsführer des Centralverbandes der Schmiede in Waiblingen z. B. 3. Angeklagter wegen Verleumdung, erschienen bei Anruf der Sache: 1. der Privatkläger mit seinem Vertreter Rechtsanwalt Dr. Schilling hier, 2. der Angeklagte mit seinem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Eoenning hier. Die Anwesenheit der in 12 bezeichneten Zeugen wurde festgestellt. Zwischen den Parteien kam nach dem Anruf der Zeugen und der Vernehmung des Angeklagten und Privatklägers folgender

**Vergleich**

1. der Angeklagte nimmt den von ihm am 26. Juli 1912 in der öffentlichen Schiedsverammlung im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart dem Privatkläger gemachten Antrag der Lage mit dem Ausdrück des Bedauerns zurück und verpflichtet sich, an den Privatkläger zum Zwecke der Verjährung des Vergleiche eine Buße von RM. 10 zu bezahlen.
  2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Erfüllungsort ist Stuttgart.
  3. Der Privatkläger nimmt die Klage zurück.
- Vorgelesen und genehmigt.  
Zur Urkunde: Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Ottenbacher, Not. Prof. Frank, Gerichtsschreiber: Frank.  
Vorliegender Vergleich wird hiermit veröffentlicht.  
Namens des Privatklägers: Rechtsanwalt Dr. Schilling.

**Briefkasten.**

Nach Hildesheim, Call, Fischbach und Düsseldorf. Berichte folgen in nächster Nummer.

**Versammlungskalender.**

Kollegen und Kolleginnen!  
Versamt ohne triftigen Grund keine Versammlung!  
Samstag, den 5. Oktober.

- Augsburg. Berl. mit Referentenabteilung in der „Schützenhalle“.
- Berlin-Weißb. Berl. bei Waberst, Gogkowskistr. 36.
- Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsterrstraße 1.
- Boice-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Schürmann.
- Düsseldorf-Neigeb. Abends 8.30 Uhr bei Haselkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.
- Gießen. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
- Göteborg. Abends 8.30 Uhr bei Perferath, Klobbäck.
- Hamburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Gante-bräu, Schiffstraße 7.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Tastr. 97.
- Hanse-Werkb. Abends 8.30 Uhr für Westerbauer und Vogelhaus bei Mühlenturm.
- Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Wallstraße.
- Münster. Abends 8 Uhr mit Vortrag im Gefellenhofplatz, Tafelstraße 7.
- Offheim. Abends 9 Uhr bei Schmitz.
- Oelde i. W. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Saal.

**Sonntag, den 6. Oktober.**

- Altenhagen. Morgens 11 Uhr bei Steinhilber.
- Andernach-Niechenheim. Vormittags 11 Uhr im Hotel Hamm.
- Berlin. Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schrulle, am Markt.
- Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“, Stralauerstraße 83.
- Bonn. Morgens 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße.
- Bühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlstraße.
- Crefeld. Nachm. 3 Uhr in der Reichshalle. Vorstände- und Vertrauensmänner-Konferenz der Verwaltungsstelle.
- Danzig. Nachm. 2 Uhr im St. Josephsaal.
- Frankfurt. Nachm. 11.30 Uhr bei Jansen, Kaffertstraße.
- Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vormittags 11 Uhr gemeinsame Mitglieder-Versammlung im Paulushaus, Dülkenstraße 33-35. Kollege Wildert erhält Bericht über seine Engländerreise. Außerdem noch andere sehr wichtige Beratungsgegenstände.
- Düsseldorf-Unterrath. Vormittags 11 Uhr bei Keulers, Arbeiterstraße 14. Besucht wichtige Tagesordnung. Wir erwarten von jedem zu diesem Punkt zahlenden Kollegen, daß er pünktlich zur Stelle ist. Die Herbst- und Winteragitation muß organisiert werden.
- Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Meliusboel.
- Essen-Stadt. Sittrop, Nordost und Stoppenberg. Abends 7 Uhr bei Spahn, Steelerstraße.
- Essen-Vorbeck-Schönbeck. Vorm. 11 Uhr bei Stelernagel.
- Essen-Garnay. Nachm. 4.30 Uhr bei Holmann in Vorh-Emscher.
- Essen-Dörfchen. Abends 6 Uhr bei Richter.
- Essen-Kettwig. Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
- Friedrich. Vorm. 11.30 Uhr bei Clanten.
- Hannover. Nachmittags 4 Uhr bei Schiffermann.
- Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt.
- Karlshöhe. Vorm. 11 Uhr bei Vertm. Sitzung im Palmgarten.
- Köln-Birnst. Morgens 11 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße.
- Köln-Volk. Morgens 11 Uhr bei Fehder, Hauptstraße 28.
- Widenscheid. Morgens 11 Uhr bei E. Diemer.
- Neheim 6. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Hellwig, Hochstraße.
- Neheim-Ortsverwaltung. Nachm. 4.30 Uhr allgemeine Mitglieder-versammlung mit Frauen im Gefellenhaus.
- Schalksmühle. Nachm. 3 Uhr bei Vedder.
- Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Biele, Bahnhofstraße.
- Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirgen an der Meerlagkaserne.

**Dienstag, den 8. Oktober.**

Rheine. Abends 6 Uhr bei Zuehl.

**Mittwoch, den 9. Oktober.**

Hensburg. Monatsversammlung bei E. Nabe, Markenstr. 1.

**Donnerstag, den 10. Oktober.**

Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.

**Freitag, den 11. Oktober.**

Danzig-Schiedlik. Abends 8 Uhr bei Seeger.- Siertrade. Abends 6.30 Uhr bei Sandfisch, Goltenstr. 1.

**Sonntag, den 12. Oktober.**

- Behenburg. Abends 8.30 Uhr bei Braun, Schützenstr.
- Ber in-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Büllenstr. 4-5.
- Düsseldorf-Derendorf. Abends 9 Uhr Agitations-Versammlung bei Dierling, Ecke Mühlenturm und Barbarastr. Mithras Er-scheinen Pflicht, da wichtige Bezirkssachen zu erledigen sind.
- Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerbekstraße.
- Elbing. Abends 8 Uhr im Erholungshelm.
- Hann-Zollingen. Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.
- Karlshöhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.
- Köln-Indenhal. Abends 9 Uhr bei Sandeler, Bachemstraße 129.
- Köln-Threnfeld. Abends 9 Uhr bei Kutter, Kelterstraße.
- Köln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Hüttenberg, Breuerstr. 14.
- München. Abends 8 Uhr im Lokale „Leopoldstadt“, Sennfelderstr. 11.
- Neuwied. Abends 8.30 Uhr im Lokal „Drei Schweizer“.
- Stettin. Abends 8.30 Uhr in der Eghim-Bräuerlei. Am 19. Oktbr. daselbst unsere Herbst-Versammlung.
- Stuttg.-rt-Zuffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Tönscheid. Abends 8.30 Uhr bei Witte Lange.
- Vohwinkel. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.

**Sonntag, den 13. Oktober.**

- Crefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr in der Reichshalle mit Beschlußfassung über unser Winterprogramm.
- Danzig-Laudenthal. Nachm. 2 Uhr öffentl. Versammlung bei Wölfe.
- Danzig-Brüden. Vorm. 11 Uhr im Josephshaus zu Bräun.
- Düsseldorf-Widderich. Vormittags 11 Uhr bei Deimes-Beer. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
- Düsseldorf-Erdt. Vormittags 11 Uhr bei Böhen, Krefelderstr. 81.
- Düsseldorf-Overkassel. Vormittags 11 Uhr im Lokale Woffen, Eng. Uee 50.
- Düsseldorf-Eller. Vormittags 11 Uhr im Lokale Hasewelt, Gumbertstr. 120. Wichtige Tagesordnung. Daher auszeitiges Erscheinen notwendig.
- Sagen-Wittlad. Vorm. 11 Uhr bei Glühoff.
- Karlshöhe-Larlanden. Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus „Zum Hirschen“.
- Köln-Züll. Morgens 11 Uhr bei Bremer, Herrenzähnerstr. 182.
- Meichenich. Morgens 11 Uhr bei Siebeler.
- Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wilschlinghauserstr.
- Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im Münchener Hof.
- Sonthofen. Nachm. 2.30 Uhr im Lokal.
- Sittomberg-Maurort-Caan. Hausagitation. Treffpunkt nach dem Hofamt in Maurort.
- Unterfödem. Radmittags 3 Uhr im „Hirsch“.
- Wensgen. Vorm. 11 Uhr bei Lohmann.

**Sachverhalt für Hufhmiende** im Rath. Gefellenvereln Düsseldorf. Dauer: 3 Monate, November bis Februar. Unterrichtszeit: 20 Mark. Nähere Auskunft erteilt: Sekretär Philipps, Düsseldorf, Birkenstr. 14.

**10-12 Forme auf Graunuß** gesucht. Näheres durch unser Verbandssekretariat Bremen, Schönebeckerstraße 103.

**Durchreisende Verbandskollegen** finden in Ver-Stralauerstraße 53, im „Deutschen Gärtnerheim“, Verbandslokal des „Deutschen (nationalen) Gewerkschaftsbundes“ und des „Berliner drif-tigen Gewerkschaftsbundes“ gutes und sauberes Nachtlager vor 50 Pf. an. Das Lokal liegt in der Nähe der Bahnhöfe Koenigsplatz und Jannowitzbrücke.